SEIT 1946

4/2018

ZUKUNFT

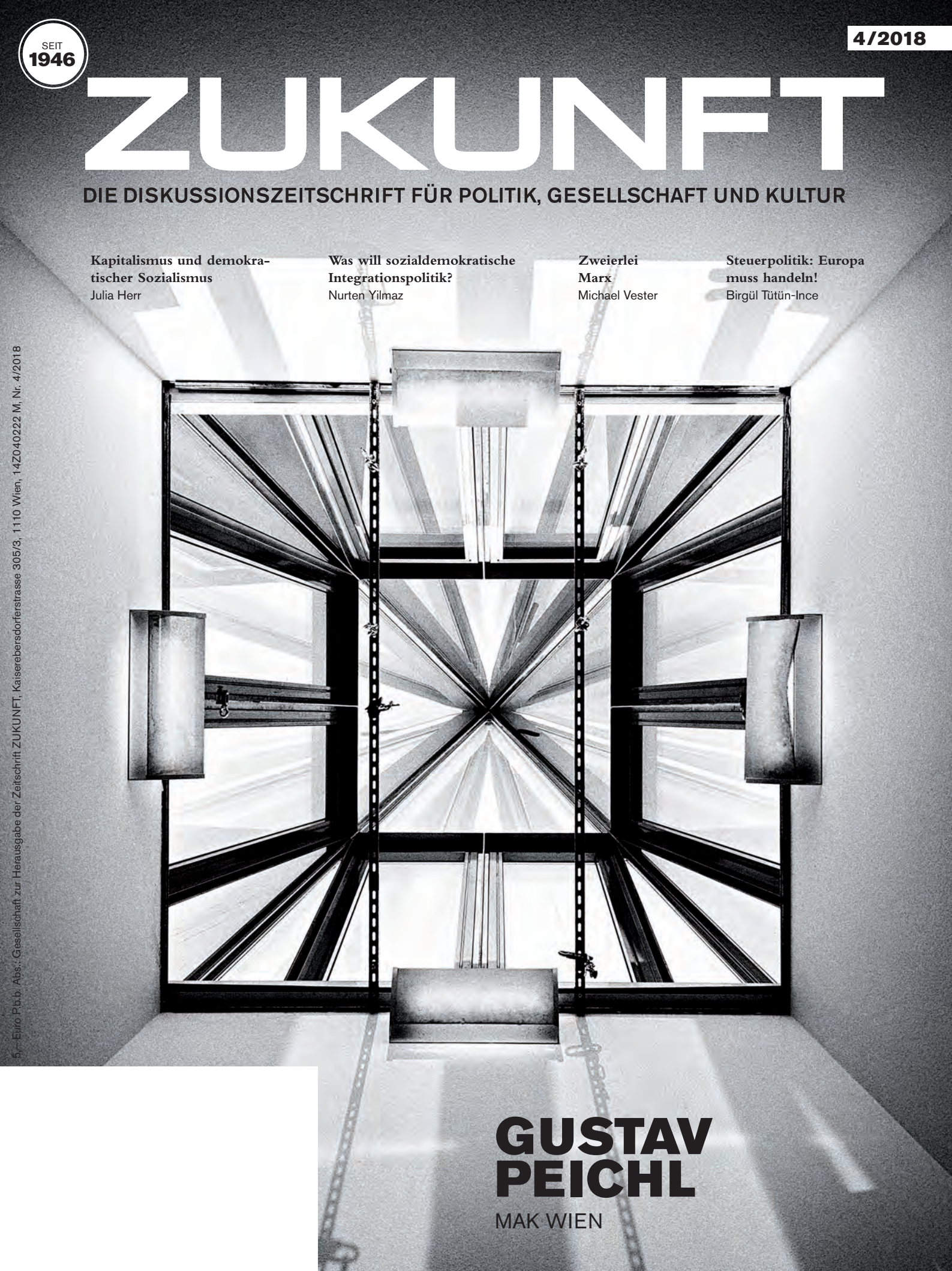
DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Kapitalismus und demokratischer Sozialismus
Julia Herr

Was will sozialdemokratische Integrationspolitik?
Nurten Yilmaz

Zweierlei Marx
Michael Vester

Steuerpolitik: Europa muss handeln!
Birgül Tütün-Ince



GUSTAV PEICHL

MAK WIEN

5,– Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 4/2018

EDITORIAL

Als »einfach lächerlich« hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Aussagen des FPÖ-Klubobmanns Johann Gudenus qualifiziert, dass es »stichhaltige Gerüchte« gebe, dass der ungarischstämmige, jüdische Milliardär George Soros daran beteiligt sei, »Migrantenströme nach Europa« zu steuern. Ja, natürlich: Es ist geradezu haarsträubend skurill, wenn der ungarische Ministerpräsident und sein im Nebenberuf als FPÖ-Klubobmann fungierender Sprecher in Wien behaupten, eine Art Verschwörung aus NGOs und eines reichen Individuums lenke die durch Krieg und Vertreibung entstandenen Fluchtbewegungen dieser Welt. Und dennoch mag sich ein herzhaftes Lachen nicht so richtig einstellen. Gehört es doch seit jeher zum Wesen antisemitischer Verschwörungsfantasien unlogisch, widersprüchlich und bar jeder Realität zu sein? Die Versuche der FPÖ, mit routinierter Dreistigkeit den Vorwurf des Antisemitismus vom Tisch zu wischen, können nur jene überzeugen, die von Haus aus keinen Anstoß daran nehmen. Anders als Bundeskanzler Kurz insinuiert geht es bei Orbáns Anti-Soros-Kampagne weder um »sachliche Kritik« noch um die Frage, ob Soros eine sympathische Person ist oder nicht. Es geht darum, dass ein reicher Jude als Strippenzieher sinisterer globaler Verschwörungen zur »Umvolkung« Europas präsentiert wird. Es geht darum, dass die ungarische Regierungspartei das Bild dieses reichen Juden plakatiert, um vor seinen – frei erfundenen – Plänen zu warnen und diese Form der Agitation zur Grundlage ihres Wahlkampfs macht.

Es erfordert jedenfalls ein hohes Maß an Selbstdisziplin, wenn Heinz-Christian Strache behauptet, die Anwürfe gegen Soros erfolgten »abseits jeder Konfession«, ohne dabei laut loszulachen. Diese Kampagne würde selbstverständlich nicht stattfinden – und wäre auch nicht so erfolgreich – wäre George Soros episkopaler Christ. Das Ausmaß ihres Erfolges und die stillschweigende Komplizenschaft der ÖVP-Regierungsmannschaft sind jedenfalls Alarmsignale für den Zustand unseres politischen Systems.

Umso dringlicher erscheint die programmatische Neuorientierung der SPÖ, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden:

Am Beginn dieser Ausgabe steht daher ein Beitrag der SJ-Vorsitzenden **Julia Herr**, die grundsätzliche Fragen eines neuen **Parteiprogramms** zwischen **Kapitalismus** und **demokratischen Sozialismus** auf Grundlage der Alltagserfahrungen von Menschen beantworten will.

Nurten Yilmaz stellt Überlegungen an, wie die Themen **Migration, Flucht** und **Integration** in unserem neuen **Parteiprogramm** Berücksichtigung finden sollten.

Anlässlich des **200. Geburtstags von Karl Marx** bildet ein umfangreicher Beitrag von **Michael Vester** einen eigenen Schwerpunkt in diesem Heft. In seinem Beitrag stellt Vester nicht nur unterschiedliche Marx-Rezeptionen gegenüber, er zeigt anhand historischer Beispiele aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung auf, dass die Kämpfe der arbeitenden Klasse nie Kämpfe einer uniformen Masse, sondern in der politischen Praxis entwickelte Bündnisse durchaus heterogener Gruppen gewesen sind. Mit seinem Beitrag zeigt Vester die hochaktuelle Bedeutung und hohe Praxistauglichkeit richtig verstandener und weiterentwickelter marxistischer Theorie auf.

Birgül Tütün-Ince präsentiert Möglichkeiten einer **Erneuerung der Steuerpolitik**, um Steuerflucht und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, bevor die **Buchtipps** diese Ausgabe abrunden.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

Pola Sieverding, Klosterschule der Dominikanerinnen, Wien-Hietzing
Erbaut 1963–1965, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin

Aktuelle Debatte

6 **Kapitalismus und demokratischer Sozialismus**
VON JULIA HERR

12 **Was will sozialdemokratische Integrationspolitik?**
VON NURTEN YILMAZ

Schwerpunkt: 200 Jahre Karl Marx (1818–2018)

16 **Zweierlei Marx**
VON MICHAEL VESTER

30 **Steuerpolitik: Europa muss handeln!**
VON BIRGÜL TÜTÜN-INCE

36 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme**: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3, office@vaverlag.at **Chefredaktion**: Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion**: Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Elisabeth Felbermair, Senad Lacevic, Philipp Oberhaidinger, Armin Puller, Thomas Riegler, Michael Rosecker, Jennifer Sommer, Artur Streimelweger, Anna Vukan **Cover**: Pola Sieverding, Klosterschule der Dominikanerinnen, Wien-Hietzing, Erbaut 1963–1965, fotografiert 2018, © Pola Sieverding, Berlin

Kapitalismus und demokratischer Sozialismus

In ihrem Beitrag zum Parteiprogramm argumentiert Julia Herr, warum die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus keine abstrakte Frage ist, sondern sich aus den Problemen des Alltags vieler Menschen ergibt. Das Parteiprogramm sollte an den Alltagserfahrungen anknüpfend die Idee des demokratischen Sozialismus anhand konkreter Alternativen wieder sichtbar dem Kapitalismus gegenüberstellen.

Wenn ich im vergangenen Wahlkampf mit Jugendlichen gesprochen habe, dann hat es drei große Themen gegeben: Die Sorge um einen Job, von dem man gut leben, eine schöne Wohnung, vielleicht auch mal eine Familie finanzieren kann; Verunsicherung über eine Welt, in der man sich auf nichts verlassen zu können scheint; und die Stärkung rechter Parteien und Ideen.

SORGE UM DIE EIGENE ZUKUNFT

Und all das mit gutem Grund: Nie zuvor hatte eine Generation ein höheres Qualifikationsniveau als unsere. Anders als vielleicht in früheren Generationen, haben Studierende viel weniger Freiräume. Sie haben nicht nur stark reglementierte Studienpläne, sie arbeiten nicht nur im ganz überwiegenden Maße um ihr Studium zu finanzieren, sie stehen auch unter dem ständigen Druck der durch Praktika und Ferialjobs einschlägige Berufserfahrung zu sammeln. Trotzdem sind die beruflichen Aussichten der »Generation Praktikum« unsicherer als die ihrer Eltern und Großeltern. Trotzdem müssen sie sich durch Befristungen hanteln, hinnehmen, dass für sie schlechtere Arbeitsbedingungen gelten. Trotzdem müssen sie rund die Hälfte ihres Einkommens für Wohnen ausgeben. Und was heute für Studierende gilt, gilt schon seit vielen Jahren für Lehrlinge. Viele qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in angelernten Jobs arbeiten, fast ein Drittel aller Arbeitsverträge werden jedes Jahr aufgelöst.

SORGE UM EINE UNSICHERE WELT

Aber es gehen nicht nur die persönlichen Sicherheiten verloren: Dass eine gute Ausbildung einen sicheren Job bringt. Dass harte Arbeit ein gutes Einkommen sichert. Dass Wohnraum leistbar ist. Dass einem geholfen wird, wenn man Hilfe braucht. Diese Verunsicherung geht einher mit den täglichen Horrormeldungen aus aller Welt: Kämpfe in der Ukraine, Bürgerkrieg in Syrien und im Jemen, Bombenanschläge in Kabul, Terror in Paris und auf deutschen Weihnachtsmärkten. Der islamistische Terror mitten in Europa schockiert uns, aber es geht um noch mehr. Ich bin 1992 geboren. Ich kannte den Kalten Krieg, die Konfrontation zwischen Washington und Moskau, sprichwörtlich nur aus den Schulbüchern. Und umso erschreckender ist für mich, wie sehr die Eskalation militärischer Gewalt heute wieder zu einem von den Eliten akzeptierten Mittel der Politik geworden ist. Man kann nur fassungslos den Kopf schütteln, wenn man die Tweets eines Donald Trumps liest, für den das Abschießen von Marschflugkörpern eine schwer gestörte erotische Komponente zu haben scheint. Meine Generation weiß, dass es Atomwaffen gibt, aber die Sorge, dass die auch jemand einsetzen könnte, die ist für viele junge Menschen noch immer sehr neu.

Und bei all dem reden wir noch gar nicht von den Zuständen unter denen Menschen in anderen Teilen der Welt leben müssen: Wenn ich heute auf der Mariahilfer Straße eine Jeans kaufe, kommt die mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Xing Tang, aus der in China gelegenen sogenannten »Jeanshauptstadt« der Welt. Die giftigen Schadstoffe mit denen dort gearbeitet wird, werden direkt in den Fluss neben der Stadt geleitet. Der Fluss hat mittlerweile ein tiefes Dunkelblau angenommen, genauso wie die Hände der Arbeiter, von denen das Blau nicht mehr abwaschbar ist. Mit 300 Euro Monatslohn für eine die Gesundheit und die Lebensgrundlagen zerstörende Arbeit wird dort so billig produziert, dass die Hosen auch noch ein Schnäppchen sind, wenn sie 8.000 km Luftlinie nach Europa transportiert worden sind. Und dabei sind die ArbeiterInnen von Xing Tang noch vergleichsweise gut dran. Sie zählen nämlich nicht zu jener Milliarde Menschen,

die unter Hunger leiden, obwohl die weltweite Nahrungsmittelproduktion 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Die Kinder von Xing Tang leiden wie ihre Eltern unter der todbringenden Umweltvergiftung, aber die Kinder, von denen alle paar Sekunden eines an Unterernährung stirbt, die leben in anderen Teilen der Welt.

SORGE VOR RECHTEN ERFOLGEN

Vor diesem Hintergrund mutet die alltägliche innenpolitische Debatte und die veröffentlichte Meinung besonders seltsam an: Zukunftsängste? Kriegsgefahr? Umweltzerstörung? Wen kümmert's, wenn eine Frau eine Kopftuch trägt? Unsichere Jobs, unleistbare Wohnungen, hungernde Kinder? Kann man mit der Kürzung der Familienbeihilfe für eine slowakische Pflegerin sicherlich lösen.

Rechte Politik ist heute erfolgreich wie nie. Nicht nur in Österreich. In einer Tour über Flüchtlinge, über Kopftücher und seit neuestem auch wieder über reiche Juden, die angeblich die Welt, zumindest aber die Migrationspolitik beherrschen, zu sprechen: Das funktioniert in Österreich genauso wie in Ungarn, in Polen, in Frankreich, in Deutschland und den Niederlanden. Als vor wenigen Wochen beim Anwalt Donald Trumps eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde, um Beweise für eine mit Trump koordinierte Einmischung Putins in die US-Wahlen zu finden, was war Trumps Antwort? »Die Mauer zu Mexiko muss endlich her!« Als Orbán wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck zu kommen drohte, was war seine Antwort? »Der Jude Soros schickt uns hunderttausende Flüchtlinge!«

Es sind nicht nur die klassischen Rechtsparteien, die heute so Politik machen. Völlig zurecht wird festgestellt, dass die ÖVP unter Sebastian Kurz eine rechtspopulistische Partei geworden ist. Kurz drückt sich gelegentlich noch etwas vornehmer aus, schließlich will man sich als gestandener österreichischer Konservativer von der Masse abheben und moralisch überlegen fühlen. Aber das ändert nichts an der Rhetorik und der verfolgten Politik. Genau das macht diese Entwicklung auch so bedrohlich. Rassismus, Spaltung und faktenfreie Hetze sind heute nicht nur in der Mitte der Gesellschaft angekommen, sie scheinen geradezu eine Bedingung für Wahlerfolge zu sein. Mit Politik gegen MigrantInnen, gegen Flüchtlinge oder gegen den Islam werden derzeit Wahlen gewonnen. Und mit diesen Wahlerfolgen wird dann Politik gegen diese Gruppen UND Arbeitslose, NiedrigverdienerInnen, gegen die Zukunftschancen von jungen Menschen gemacht. Entfesselter Kapitalismus und Rechtsextremismus gehen heute Hand in Hand. Wie Yin und Yang. Wie Kurz und Strache.

NICHTS IST SO PRAKTISCH WIE EINE GUTE THEORIE

Treten diese Phänomene – die soziale Verunsicherung großer Teile der Bevölkerung, die immer instabiler scheinende Weltlage, die Erfolge rechter Parteien – alle zufällig nebeneinander auf, oder gibt es zwischen ihnen einen Zusammenhang? Kreisky hat gerne den schönen Satz verwendet, dass nichts so praktisch ist wie eine gute Theorie. Um pragmatische Antworten auf bestehende Probleme zu finden, muss man zuerst diese Probleme als solche erkennen können. Auch in der Sozialdemokratie sprechen viele am liebsten als erstes von Kopftüchern und »das Fremde«, sobald auf die »Sorgen der Menschen«, die man nun endlich ernst nehmen müsse, die Rede kommt. Diese Sichtweise blendet diese Zusammenhänge, die aus meiner Sicht sehr klar bestehen, entweder völlig aus oder entstellen sie zur völligen Unkenntlichkeit.

Die Herausforderung eines guten Programms liegt auch darin, eine Art Gebrauchsanleitung zu liefern, um die komplexen, bedrohlichen, oft auch widersprüchlichen, Entwicklungen unserer Welt einordnen zu können und verständlich zu machen. Dafür bieten nicht nur die Arbeiten von Karl Marx, sondern auch vieler an ihn anknüpfenden Theoretikerinnen und Theoretiker wertvolle Hinweise.

Um die, man muss es so deutlich sagen, beschissene Lage der Welt zu begreifen, müssen wir uns vier Dinge bewusst machen:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und die dominanten Krisenlösungsstrategien haben maßgeblichen Anteil an der Zunahme sozialer Konflikte, an der wachsenden globalen Instabilität, an Kriegen und natürlich auch an den Fluchtbewegungen. Wenn die ökonomischen Lebensgrundlagen Afrikas durch aggressive Handelspolitik systematisch zerstört werden, kann der Wunsch, diesem Elend zu entkommen, nicht wirklich überraschen. Wenn gleichzeitig Spardiktate quer durch Europa die Idee der Solidarität innerhalb der Nationalstaaten und innerhalb Europas zerstören, ist es nicht überraschend, dass die Empathie der von diesen Sparmaßnahmen Betroffenen mit Menschen, die außerhalb Europas leben, abnimmt.
2. Seit einem guten Jahrzehnt verzweifeln führende So-

zialdemokratInnen an der Frage, warum trotz des Scheiterns des Neoliberalismus in der Finanzkrise in schöner Regelmäßigkeit die Sozialdemokratie bei Wahlen abgestraft wird. Warum wählen viele Menschen jene Parteien, die ihnen objektiv Schaden zufügen? Wir müssen, auch als Linke, endlich begreifen, dass es keinen Automatismus zwischen der eigenen sozialen Lage und dem eigenen politischen Handeln gibt. Es ist eine neoliberale Vorstellung, dass sich WählerInnen genau ausrechnen, welche Partei ihr Einkommen in welchem Maß beeinflusst und darauf basierend eine rationale Wahlentscheidung treffen. Die wirtschaftliche Sphäre prägt zweifellos den Rahmen und Stimmungen. Aber wie Menschen sich innerhalb dieses Rahmens verhalten, diese Frage entscheidet sich in der gesellschaftlichen und der politischen Sphäre.

3. Der Erfolg rechter Parteien und das rechte Abdriften der Konservativen beruht auf dieser Erkenntnis: Dass man an diesen Stimmungen und Emotionen anknüpfen und sie in immer höheren Dosen auf Sündenböcke oder Symptome der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen richten muss, wenn man diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern will. Gerade weil viele Menschen von unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten zwei Jahrzehnte enttäuscht sind und wir viel Vertrauen verspielt haben, gerade weil wir keinen Rahmen bieten, der die prekärer erscheinende Lage erklärt, werden sie für die rechten Ablenkungsmanöver empfänglich. Wer hier mit den Wölfen heult, verstärkt nur das Problem.
4. Umgekehrt bietet diese Erkenntnis eine große Chance – wenn man sie nützt. Dass Labour heute die stimmen- und mitgliederstärkste Sozialdemokratie Europas ist, beruht darauf, dass sie den Zynismus anderer Parteien abgelegt hat: Sie beklagt nicht die Dummheit und Undankbarkeit der WählerInnen, sie verweigert politische und rhetorische Anleihen bei den Rechten. Mit einem hoffnungsvollen Projekt der Vielen, das klarmacht, dass alle vom Wohlstand profitieren können, hat sie den Kampf um die Deutungshoheit aufgenommen. Als Massenpartei arbeitet sie vor Ort in den Nachbarschaften, knüpft soziale Beziehungen, setzt Rahmen und schafft Hoffnung, dass eine Welt, in der jeder und jede ein gutes Auskommen hat, in der alle ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten können und dafür Anerkennung bekommen, möglich ist. Wo es Zeit für persönliche Entfaltung gibt, für Freizeit, für Familie für Freunde. Eine Gesellschaft, in der allen Bildung und eine schöne Wohnung zusteht, in der zählt wer du bist und was du tust, und nicht ob du eine Frau bist oder ein Mann oder wie auch immer du dich definierst, ob du schwul bist oder nicht, woher du kommst und welche Hautfarbe du hast. Sie hat die Idee des demokratischen Sozialismus wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt – nicht als abstraktes Heilsversprechen, sondern als konkrete Antwort auf konkrete Probleme.

ANKNÜPFEN AN SOZIALER REALITÄT

Diskussionen über den Kapitalismus werden oft auf einer sehr abstrakten Ebene geführt und berühren die Herzen der meisten Menschen nicht. So wie viele Anläufe zu Programmdebatten mit weit weniger kämpferischem Anspruch es auch nicht getan haben. Die gegenwärtige politische und soziale Realität bietet nicht nur eine Möglichkeit das zu ändern, ich wage zu behaupten, dass sie es erfordert, das zu ändern, um politisch wieder Erfolg zu haben. Jeremy Corbyn lebt es vor.

Die Sozialdemokratie muss selbst erkennen und verständlich kommunizieren, in welchem Zusammenhang die alltäglichen Erfahrungen vieler Menschen mit einem entfesselten Kapitalismus stehen. Sie muss sich klarmachen, dass die um sich greifende Menschenfeindlichkeit etablierter Politik und deren politischer Mehrheitsfähigkeit, weder durch Anpassung daran, noch durch die Verachtung und Geringschätzung von Menschen gelöst werden kann. Sie muss endlich beginnen, die Zusammenhänge aufzuzeigen und sich selbst neu aufstellen, um verloren gegangenes Vertrauen durch das Zusammenspiel einer großen, klar verständlichen politischen Linie und mühevoller Kleinarbeit vor Ort wieder zu gewinnen. Sie muss wieder beginnen, die Idee des demokratischen Sozialismus stolz im 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln, statt sie verschämt zu verstecken.

Wer gegen den Rechtspopulismus Erfolg haben will, muss selbst Emotionen wecken. Kann es wirklich sein, dass wir über Kopftuchverbote an Schulen mitdiskutieren, während sich Großindustrielle Arbeitszeitgesetze und 12-Stunden-Tage kaufen? Während ein Versicherungsdirektor als Finanzminister die soziale Kranken- und Unfallversicherung zerschlägt? Wie Geldstrafen für Schwarzarbeitgeber unter jene fürs Schulschwänzen gesenkt werden? Alle diese Beispiele ste-

hen sehr greifbar und sehr exemplarisch für eine Welt, in der die Macht des Geldes das Wohlergehen der Vielen bedroht. Eine Welt in der das Recht des Stärkeren an die Stelle von Gerechtigkeit tritt. Eine Welt, in der der Eigennutz Weniger und ein unmenschliches System das friedliche Zusammenleben aller bedroht.

KAPITALISMUS

Die Diskussionsgrundlage für das Grundsatzprogramm spricht diese Probleme in unterschiedlicher Form und oft durchaus treffend an. Was ihr aber fehlt, ist eine verständliche und konkrete Zuspitzung und Schlussfolgerung daraus. Wodurch treten wir der Gefährdung unserer Demokratie entgegen, die sich daraus ergibt, dass die Konservativen die Krise des neoliberalen Kapitalismus zu einer Krise des Staates umdeutet? Wie genau sieht unsere Antwort auf die Finanzialisierung des Kapitalismus aus? Welche Form nimmt die für notwendig erachtete faire Handelspolitik ein? Und wie setzen wir sie durch in einem politischen Umfeld, das mehr denn je von der Macht des großen Geldes bestimmt ist?

Der aktuelle Diskussionsentwurf ist sicher ein Fortschritt gegenüber dem gegenwärtig gültigen Parteiprogramm. Aber er setzt einen wesentlichen Denkfehler fort. Wenn ich zuvor kritisiert habe, dass man nicht glauben darf, dass die wirtschaftliche Lage unmittelbar das politische Handeln bestimmt, so ist es keinesfalls besser, wenn man die wirtschaftliche, die politische und die gesellschaftliche Sphäre isoliert voneinander betrachtet. Nur weil politisches Handeln nicht 1:1 aus der Ökonomie abgeleitet wird, heißt es nicht, dass es keine Abhängigkeiten und Wechselwirkungen gibt.

Wenn die Politik wieder Gestaltungshoheit gewinnen will, kann sie nicht darauf verzichten, den Kampf um die wirtschaftliche Macht zu führen. Es gibt keinen zwingenden Grund dafür, dass der Bankensektor privat ist, dass öffentliche Forschungs- und Investitionsförderung ohne echte Gegenleistung erbracht werden. Es ist vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für unsere Demokratie geradezu unfassbar, dass die sozialen Medien – faktisch ohne jede Regulierung – unter privater Verfügungsmacht stehen.

Unser Programm muss die Gefahren des entfesselten Kapitalismus nicht nur ansprechen, es muss auch die Alternativen dazu offen auf den Tisch legen. Diese Debatte über den Kapitalismus darf keine abstrakte Diskussion sein, sie muss an den Lebensrealitäten anknüpfen und muss die Ursachen für die tatsächlichen Sorgen der Menschen ansprechen. Das Programm muss gleichzeitig den Rahmen für eine politische Praxis schaffen, diese Probleme zu lösen.

Unser Parteiprogramm muss nicht zu jedem politischen Spezialbereich einen Absatz enthalten. Dafür sollte es auf den Punkt bringen, wie wir die Macht des großen Geldes brechen, wie und wozu wir Banken, soziale Medien und zentrale Wirtschaftsbereiche unter demokratische Kontrolle bringen, mit welchen Strukturänderungen wir leistbaren Wohnraum, bessere Arbeitszeiten, sichere Einkommen und einen starken Sozialstaat schaffen. Und wie unsere konkreten politischen Maßnahmen zur Verwirklichung unserer Vision einer freien, gleichen, gerechten, demokratischen Gesellschaft dienen – der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus!

JULIA HERR
ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend.

GUSTAV PEICHL

MAK WIEN

Mit der Personale GUSTAV PEICHL. 15 Bauten zum 90sten feiert das MAK den 90. Geburtstag des bekannten österreichischen Architekten. 2013 schenkte Gustav Peichl dem Museum sämtliche architektonische Skizzen, Entwürfe und Pläne zu seinen für Österreich entwickelten Bauprojekten. Aus diesem über 50-jährigen Schaffen, in dem er insgesamt 70 Bauten realisieren konnte, hat der vielseitige und produktive Architekt selbst eine Auswahl von 15 Bauten – von 1958 bis 2011 – getroffen, die in der MAK-Ausstellung Einblick in sein Werk geben. Großteils noch nie öffentlich gezeigte Skizzen und Pläne werden gemeinsam mit weithin bekannten Objekten präsentiert und rücken seine architektonischen Konzepte in den Fokus.

MAK – Österreichisches Museum
für angewandte Kunst / Gegenwartskunst
Stubenring 5, 1010 Wien
Bis 19.8.2018
Di 10:00–22:00 Uhr
Mi–So 10:00–18:00 Uhr
Mo geschlossen
www.mak.at

Pola Sieverding
Rehabilitationszentrum Meidling, Wien-Meidling
Erbaut 1965–1967, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin

Was will sozialdemokratische Integrationspolitik?

Asyl, Migration, Integration sind auch in der Sozialdemokratie oft Anlass für kontroversielle Debatten. In ihrem Beitrag zur aktuellen Programmdebatte argumentiert Nurten Yilmaz, warum es auf der Basis fester Grundsätze keinen Anlass zu Unsicherheit und Sprachlosigkeit gibt. Yilmaz zeigt auf, wie eine gemeinsame, klare und konkrete Politik und Sprache aussieht, die auf Seiten der Vielen kämpft, alle mitnimmt und dabei niemanden zurücklässt oder überfordert.

Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist eine Geschichte der Migration. Zu Millionen strömten und strömen die »doppelt freien LohnarbeiterInnen« (Marx) vom Land in die Stadt, von der Peripherie in die Zentren. Unsere Organisation ist nicht trennbar von den politischen Kämpfen der (Binnen-) MigrantInnen für ein würdevolles Leben, sozialen Arbeitsbedingungen und politischer Mitbestimmung. Auch die Gründung der österreichischen Sozialdemokratie ist nicht denkbar ohne die politischen Kämpfe und Selbstorganisation der sogenannten »Ziegelböhm«, deren Elend Victor Adler so eindringlich geschildert hat. So wie damals gilt auch heute: Unsere politischen Ziele sind Bildung, Wohnraum, gute Arbeit und eine bessere, demokratische Zukunft, für die wir mit unseren Werten einstehen und zu deren Verwirklichung wir politisch antreten. Die ArbeiterInnenkinder von damals sind die ArbeiterInnenkinder von heute, auch wenn sie in anderen Ländern geboren wurden oder einen anderen Pass haben. Wir sind die einzige Partei, die die soziale Frage angeht und im Sinne der 95 % der Bevölkerung beantwortet. Das ist auch die historische Aufgabe in Zukunft.

MITEINANDER…

Die Konservativen und Rechtsextremen wollen uns spalten, weil sie unseren Zusammenhalt und unsere Solidarität zurecht fürchten. Deshalb spalten sie in In- und AusländerInnen, in »Hiesige« und Neu-Zugewanderte. Sie spalten nach Herkunft, Aussehen oder Religion. Sie spalten, damit sie Löhne drücken, von Schwarzarbeit profitieren und sich ihre Profite auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen sichern können. Dagegen organisieren wir uns in der Partei und Gewerkschaft und etablieren ein neues WIR: inklusiv, solidarisch, egalitär. Wir organisieren jene, die es sich nicht richten können und wir organisieren uns selbst in unsrem Ringen für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse. Wir sind eine soziale Bewegung, die eine gleiche und freie Gesellschaft anstrebt, Ausbeutung und Herrschaftsverhältnisse bekämpft. Die Träume jener, die in die Städte und Zentren ziehen, das sind unsere Träume: gerechte Lebensbedingungen, gute Arbeit, von der man Leben kann, und eine bessere Zukunft für unsere Kinder.

… TEILHABE ORGANISIEREN

Die österreichische Integrationspolitik war lange von der Idee geleitet, die Versäumnisse und Auslassungen des Gastarbeiterparadigmas der 1970er- und 1980er-Jahre zu kompensieren. Das ist vorbei: Sozialdemokratische Integrations- und Migrationspolitik des 21.Jahrhunderts ist offensiv, internationalistisch, antirassistisch, lässt kolonial geprägte Überlegenheitsideen hinter sich und orientiert sich an unseren Grundwerten Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es geht um sozialen Aufstieg, Ermächtigung, einen inklusiven Sozialstaat, Demokratie und eine offene Gesellschaft, in der vielfältige persönliche Lebensentwürfe frei gelebt werden können. Unsere Welt, unsere Biografien sind brüchiger und durchlässiger geworden. Die österreichische Gesellschaft wird bunter, wir selbst sind mobiler. Wir leben in einer mehrsprachigen Migrationsgesellschaft. Menschen kommen, Menschen gehen. So werden Erfahrungen, Innovationen und Träume auch weitergegeben. Insbesondere in einer Zeit, in der der Weltmarkt realisiert ist und Geld, Waren und Informationen über den ganzen Globus geschickt werden, wirkt die Vorstellung überholt, Migrationsbewegungen durch repressive Gesetze zukunftsweisend beschränken zu können. Es ist eine Welt. Es darf kein Zurück in eine Welt der Mauern, bewachter Grenzposten und Stacheldrähte geben.

Sozialdemokratische Integrationspolitik zielt auf gesellschaftlichen Teilhabe und die Mitbestimmung aller Menschen ab. Und da ist es egal, wo jemand geboren wurde. Es ist die politische und soziale Arbeit an der Ermächtigung und Selbstermächtigung jener, die auf politische Unterstützung angewiesen sind und sozial, ökonomisch oder politisch ausgegrenzt werden. Es geht uns nicht um die problemzentrierte, beschämende Integration von Individuen in einen nationalen Kulturraum, sondern um die Stärkung von Handlungsfähigkeiten und persönlicher Ressourcen von Personen mit Migrationsbiografie. Wir arbeiten an konkreter, sozialer Gleichstellung auf Basis der universellen Menschenrechte. Wir müssen politisch jenen entgegentreten, die soziale Ungleichheitsverhältnisse kulturalisieren bzw. ethnisieren und Benachteiligte gegeneinander ausspielen. Während ein konservatives Integrationsverständnis vor allem Personen mit Migrationsgeschichte adressiert und die Trennung in ein »Wir« und die »Anderen« fortschreibt, arbeitet sozialdemokratische Integrationspolitik an einer gemeinsamen Zukunft und versucht Ungleichheiten, soziale Hürden und rassistische Strukturen gesamtgesellschaftlich abzubauen.

DEMOKRATISIERUNG UNSERER GESELLSCHAFT

Während neoliberale und neokonservative Reaktionäre den kapitalistischen Wettbewerbs- und Konkurrenzgedanken auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnen, wollen wir SozialdemokratInnen die Orte des Gemeinsamen, Solidarischen, Kooperativen und Demokratischen stärken. Nur dadurch lassen sich gesamtgesellschaftliche Inklusion und ein Miteinander in Vielfalt, Würde und auf Augenhöhe sicherstellen. Es braucht öffentliche Orte, wo alle zusammenkommen, und gemeinsame Debatten, wie wir unsere Zukunft besser gestalten. Und es braucht öffentliche Infrastruktur (Gesundheit, Mobilität, Energie, Bildung, Kunst/Kultur, Kommunikation, Wohnraum, etc.), damit sich auch wirklich alle in individueller Freiheit begegnen können. Darum sind auch Gemeinden und Städte – und ihre Daseinsvorsorge – wesentliche Motoren eines gelingenden Miteinanders.

»Nur wenn alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können, sind sie verlässliche Stützen eines demokratischen Systems. Wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Fragen sind deshalb für uns untrennbar miteinander verbunden. Die Verteidigung der politischen Demokratie erfordert heute ihre Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie.« (Vorbemerkungen der Diskussionsgrundlage zum Parteiprogramm, Seite 10)

So ist es. Fragen der Ökonomie, des Sozialen und der Demokratie gehören immer zusammen. Wir wollen Teilhabe überall. Es ist unsere Aufgabe als Partei, dies zu organisieren. Nur ein inklusiver Sozial- und Wohlfahrtsstaat kann die Teilhabe und Teilnahme von Individuen in den genannten Bereichen sicherstellen und somit die sozialen Rechte aller Mitmenschen gewährleisten. Die Voraussetzung für gleiche Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten von Geburt an ist die rechtliche, soziale und ökonomische Gleichheit. Das Ganze kann man jetzt als »soziale Demokratie« im Sinne des 78er-Programmes der SPÖ oder als »demokratischen Sozialismus« bezeichnen, wie die deutschen GenossInnen dies tun. Aber es braucht auch in unserem Programm eine klare Perspektive, worauf die einzelnen Konzepte und Themen (Kapitel 1 bis 7) hinauslaufen. Und es braucht ein emphatisches Abschlusskapitel, das klar und verständlich macht, wie wir dort hinkommen und was die Funktion von Mitgliedern und Partei im dem Prozess ist. Mutig und glaubwürdig.

Eine soziale Demokratie umfasst auch die Demokratisierung unserer liberalen, repräsentativen Demokratie. Und da mangelt es massiv, weil immer weniger Menschen in Österreich mitreden dürfen, während doch alle von Gesetzen betroffen sind. Klartext: Jede dritte Person über 16 Jahre in Ottakring ist aktuell vom Wahlrecht ausgeschlossen, es werden jedes Jahr mehr. In manchen Sprengeln in meinem Heimatbezirk dürfen mehr als die Hälfte der BewohnerInnen nicht mehr wählen. Das sind Zustände wie vor der Einführung des Frauenwahlrechts! Grund dafür ist, dass wir das restriktivste und reaktionärste Staatsbürgerschaftsrecht Europas haben, das systematisch insbesondere ArbeiterInnen (wegen der Einkommensgrenzen) von der politischen Mitsprache ausschließt. Das sind unerträgliche Zustände. Auch hier braucht es eine klarere Positionierung. Wenn alle zusammenleben und arbeiten, dann sollen auch alle über ihre gemeinsame Zukunft bestimmen können. Was denn sonst?

Überall dort, wo Individuen aufgrund ihnen zugeschriebener kultureller oder biologischer Merkmale Hass, Abwertung, Ausgrenzung und Verfolgung ausgesetzt sind, liegt es an uns, dagegen aufzustehen und für die Menschenwürde jeder und jedes Einzelnen einzutreten. Die Menschenrechte sind universell und konkret. Gerade dann, wenn Schutzsuchende in ihren Ländern bedroht sind, haben wir Geflüchteten Schutz zu geben und für ihre Interessen einzutreten. Das fehlt auch noch im aktuellen Diskussionspapier. Fragen von Fluchtmigration und Asyl sind als Teil internationaler Solidarität im internationalen Kapitel auszuformulieren.

EINE BESSERE ZUKUNFT FÜR ALLE!

Unsere ArbeiterInnenbewegung war und ist immer geprägt von Migration, Organisierung, Kämpfen um Anerkennung und einem Glauben an eine bessere Zukunft. Sozialdemokratische Integrationspolitik findet immer dort statt, wo MigrantInnen für ihre Rechte eintreten, wo solidarische Räume in Vielfalt und auf Augenhöhe gelebt werden, wo Chancengleichheit im Bildungssystem organisiert wird oder wo die politische Mitbestimmung migrantischer ArbeitnehmerInnen Wirklichkeit wird. Es ist konkrete Gleichstellungspolitik, die wir betreiben, basierend auf unserer humanistischen, der Aufklärung und den Menschenrechten verpflichteten Wertehaltung. Unsere Politik etabliert ein neues, offenes und vielfältiges Gemeinsames und arbeitet an einer besseren Zukunft für alle. Das ist nicht leicht und oft mühsam, aber dazu gibt es keine Alternative.

NURTEN YILMAZ

vertritt seit 2013 als SP-Nationalratsabgeordnete die Wiener Bezirke 16 bis 19. Die Ottakringerin ist gelernte Starkstromtechnikerin und mit neun Jahren mit ihren Eltern nach Österreich gekommen. Sie ist Bereichssprecherin für Integration im SPÖ-Parlamentsklub.

Pola Sieverding, EVN-Forum, Maria Enzersdorf
Niederösterreich
Erbaut 1990–1993, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin

Zweierlei Marx: Theoretiker des Kapitals oder der Praxis?

Im Marx-Jahr 2018 skizziert Michael Vester unterschiedliche Verständnisweisen der Marx'schen Überlegungen zu Akkumulation und Klassenkämpfen. Er zeigt auf, welche Missverständnisse der Annahme einer zwangsläufigen Verelendung der ArbeiterInnenschaft und einer sich daraus zwangsläufig ergebenden sozialen Revolution zugrunde liegen. Gleichzeitig hebt er die brandaktuelle Bedeutung und Nützlichkeit einer Marx-Interpretation hervor, die unsere Gesellschaft als Kräftefeld begreift, in der es keine naturgesetzlichen Entwicklungen gibt, sondern in der Ökonomie, Gesellschaft und Politik oft widersprüchlich ineinander greifen. Anhand der historischen Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung illustriert Vester, dass Klassenkämpfe auch in der Vergangenheit nicht politischer Ausdruck einer ökonomisch einheitlichen ArbeiterInnenklasse waren. Erst die alltägliche Erfahrung einer als solchen empfundenen Ausbeutung und politische Organisation hat durchaus vielfältige gesellschaftliche Milieus geeint und handlungsfähig gemacht – eine Erkenntnis, die gerade in Zeiten wie diesen nutzbar gemacht werden sollte.

Das Gesamtwerk von Marx kann weniger denn je als abgeschlossenes System angesehen werden, auf das sich eine einheitlichen Lehre stützen könnte, wie dies von Verfechtern wie von Kritikern des Marxismus lange vertreten worden ist. Hinter den mehr als vierzig blauen Bänden der Marx-Engels-Werke wächst die noch umfangreichere Marx-Engels-Gesamtausgabe an, die MEGA, die Jahr um Jahr neben den bekannten Schriften auch alle Manuskriptfassungen, Entwürfe, Exzerpthefte und Notizen erschließt. Zum Jahr des zweihundertsten Geburtstags von Marx hat damit eine erneuerte Rezeption und Diskussion Nahrung erhalten. Sie weist verstärkt darauf hin, dass in Marx' Theorien und Analysen viele Probleme ungelöst sind, unvereinbare Konzepte nebeneinander stehen und auch erhebliche Selbstzweifel zum Ausdruck kommen.

Das hat auch sein Gutes. Marx, der von Anhängern wie Gegnern oft zum Giganten verklärt worden ist, erhält sein menschliches Maß zurück. Das Projekt einer allumfassenden Gesellschaftsanalyse war mehr als ein einzelner Mensch, selbst mit der ungeheuren Arbeits- und Reflexionskraft von Marx und einem unermüdlichen Partner wie Engels, bewältigen konnte. Jedoch sind nicht abgeschlossene Problemklärungen keineswegs auch schon gescheiterte Problemklärungen. Mit den ungelösten Problemen hat Marx große Vorarbeiten und Fragestellungen hinterlassen, mit denen produktiv weitergearbeitet werden kann und auch seit langem von vielen weitergearbeitet wird.

Deutlich geworden sind diese Probleme in den Diskussionen zur »Kritik der politischen Ökonomie heute«, wie eine neue Veröffentlichung von Michael Kraetke (2017) betitelt ist. Eine Neubelebung der Diskussion über die Fallstricke der marxistischen Klassentheorien ist von Marcel von der Linden und Karl Heinz Roth und auch von mir angestoßen worden (v. d. Linden 2008, v. d. Linden/Roth 2011, Vester 2008). Ihr in diesem Aufsatz zu diskutierendes Problem liegt darin, dass schon bei Marx zwei scheinbar gegensätzliche Klassentheorien nebeneinander stehen.

1. ZWEI GEGENSÄTZLICHE STRATEGISCHE KONZEPTE

Das Schaffen von Marx stand unter einer historischen Fragestellung: Wie kann aus der kapitalistisch beherrschten eine von den Menschen frei selbstbestimmte Gesellschaftsordnung werden, »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels 1959 [1848], S. 482)? Doch gerade für diese Frage nach dem historischen Übergang stehen sich in der marxistischen Tradition zwei unversöhnliche Auffassungen

gegenüber. Die eine Auffassung geht von einer quasi naturgesetzlichen Kausalkette aus. Danach führt der Kapitalismus aus innerer Notwendigkeit zu Verelendung und Krisen und damit zu einer immer extremeren Polarisierung zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen; diese führt ihrerseits unausweichlich zur Empörung der Arbeiterklasse und diese wiederum zur Eroberung der Staatsmacht, von der aus dann die Gesellschaft von oben umgestaltet wird. Diese Auffassung wird auch als »jakobinisches«, an einer bestimmten Fraktion der bürgerlichen Französischen Revolution orientiertes Revolutionsmodell bezeichnet. Im allgemeinen wird sie dem Parteikommunismus und auch Friedrich Engels zugeschrieben. Sie findet sich aber auch bei Marx, im Kommunistischen Manifest wie im Kapital.

Daneben steht, sowohl im Manifest wie im Kapital, eine damit weitgehend nicht vermittelte zweite Auffassung, die seit Labriola und Gramsci als »Theorie der Praxis« bezeichnet wird. Sie geht nicht von einer quasi automatischen Übersetzung von ökonomischen in soziale und schließlich politische Polarisierungen aus. Sie erinnert daran, dass der bürgerlichen Revolution eine Entwicklung von vielen Jahrhunderten vorangegangen ist, in der ökonomische, soziale und politische Prozesse und Kämpfe zusammengewirkt haben, ohne direkt auseinander abgeleitet werden zu können. So beschreiben Marx und Engels im Manifest die »Entwicklungsstufen der Bourgeoisie« als »Produkt … einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise«, »begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziationen in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel …, erkämpfte sie sich endlich … im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft.« (Marx/Engels 1959 [1848], S. 464)

Dies ist die Vorstellung, dass sich die neue Gesellschaft schon im Schoße der alten Gesellschaft vorbereitet haben muss, durch die Bildung von »sich selbst verwaltenden Assoziationen« und eines institutionellen »Gegengewichts«, also einer Gegenmacht. Marx ging schon früh davon aus, dass die Entwicklung der Arbeiterklasse einem ähnlichen Muster folgen würde (1959 [1847], S. 181). Die Auffassung umfasst damit auch die Variante eines gesellschaftsverändernden »linken Reformismus«. So vertrat Friedrich Engels (1963 [1892]) später auch die Auffassung, dass es je nach Bedingungen verschiedene Wege zum Sozialismus gebe und dass unter den Bedingungen der Demokratie für England die Gründung der linksreformistischen Labour Party der angemessenste Weg sei.

2. ZWEI PARADIGMEN: DIE GESELLSCHAFT ALS RÄDERWERK ODER ALS KRÄFTEFELD

Das erste Konzept entspricht dem herkömmlichen Weltbild des »mechanischen Materialismus« (Thompson 1980c, Jehle 2018), das sich die *Welt nach dem Bild der großen technischen Innovationen der frühen Neuzeit vorstellte, nach der Mühle oder der Uhr, deren Räderwerke die Energie einer Kraftquelle in eine festgelegte Richtung übertragen und die Bewegung jedes einzelnen Gliedes unverrückbar festlegen. Die Menschen erscheinen dann als Ausführende von festgelegten Rollen, wie Bourdieu, gestützt auf Marx' Thesen über Feuerbach, anmerkt (Bourdieu 1987 [1980], S. 97f). Ökonomie, Alltagsleben und Politik sind als Teile eines einzigen Systems starr miteinander verkoppelt.*

Wie und wo Marx das mechanistische Konzept verwendet, soll hier später diskutiert werden. Um für diese Diskussion Kriterien zu gewinnen, soll hier zunächst das praxistheoretische Konzept, wie es von Marx und Gramsci entworfen worden ist, dargestellt werden. Dieses Konzept begreift die Gesellschaft nicht als Uhrwerk, sondern, mit angeregt von der Relativitätstheorie der Physik, als widersprüchliches Kräftefeld. Es geht von aktiven Akteuren und Akteursgruppen und von ihnen geschaffenen mächtigen Institutionen aus, deren Energien zusammen ein Konflikt- und Machtfeld mit einem Spielraum verschiedener Entwicklungsmöglichkeiten bilden. In diesem Machtfeld sind die ökonomischen Verhältnisse mächtig oder übermächtig, aber es bleibt auch Raum für Eigensinn, Widerstand, Kampf, Opposition und alternative Weichenstellungen. Die Akteure sind weder völlig festgelegt noch völlig frei; sie sind »relativ autonom«.

In Marx' Werk ist das Konzept des Feldes der Praxis schon früh angelegt gewesen, und zwar nicht nur in den zitierten kurzen Bemerkungen im Manifest von 1848, sondern auch systematisch, am Beispiel der Emanzipationskämpfe des europäischen Bürgertums seit dem Mittelalter, im sogenannten Feuerbachkapitel der Deutschen Ideologie von 1845/46 (M./E. 1959, S. 17-77). Diese Schrift ist ein Schlüsseltext zum Verständnis der gleichzeitig entstandenen Feuerbachthesen und der Marxschen Theorie als einer Theorie der Praxis. Allerdings ist sie erst 1932 veröffentlicht worden. So hatte sie das Schicksal, meist sehr oberflächlich und durch die ökonomische Brille der dominanten Marxinterpretationen betrach-

tet zu werden, als Beispiel des formelhaft beschworenen ‚Widerspruchs zwischen ökonomischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen'. Dieser Widerspruch ist dort tatsächlich auch dargestellt, aber historisch eingebettet in das lebendige Zusammenwirken komplexer Bedingungen und Praxisformen (vgl. Vester 2018):

- der Gliederung der Gesellschaft in ungleiche Gruppen der Arbeitsteilung nach Geschlecht, beruflicher Spezialisierung und Generationenzugehörigkeit, also der miteinander verbundenen Teilungen der Gesellschaft in »Alters-, Geschlechts- und Gesellschaftsklassen«, wie Bourdieu (1982, 730) sie später zur Grundlage seiner Klassenanalyse macht;
- der Herausbildung der nach Klassen (und Klassenfraktionen) verschiedenen Formen der Moral, der Persönlichkeit, der Kommunikation, des sozialen Zusammenhalts und der Abgrenzung in der Lebenswelt, also der Klassendistinktion durch Habitus, Geschmack und Lebensführung, wie es später Weber (1921), Geiger (1932) und Bourdieu (1982) systematischer entwickelten;
- schließlich der politischen Kämpfe dieser Gruppen um wirtschaftliche und staatliche Macht, um innere und äußere Märkte und um Festigung ihres Einflusses in Institutionen, also der Kämpfe, durch die insbesondere nach Thompson (1987) die sozialen Klassen zu historischen Akteuren mit einem eigenen Gesellschaftsentwurf wurden.

Es werden also drei Handlungsebenen auseinandergehalten: die Felder der ökonomischen, der lebensweltlichen und der politischen Praxis. Erfasst werden sie mit einem differenzierten Instrumentarium von Begriffen, mit denen die Logik ihres widersprüchlichen Zusammenwirkens rekonstruiert werden kann (Vester 2018, vgl. Jaeck 1978). Diese Analyse bleibt im Feuerbachkapitel im Begrifflichen, ist aber in anderen Schriften von Marx sehr genau empirisch begründet. Sie folgt damit durchaus der am Anfang des Feuerbachkapitels genannten Methode, von den empirischen »wirklichen Individuen« auszugehen und »ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigne Aktion erzeugten«, zur Voraussetzung zu machen (Marx/Engels 1959 [1845/46], S. 20). Marx' Praxistheorie versteht nach dieser Formulierung die Gesellschaft nicht subjektivistisch oder interaktionistisch, d.h. nicht als Produkt eines an vorgefundene Voraussetzungen nicht gebundenen Handelns der Individuen. Er versteht sie als Produkt einer Dialektik zwischen der lebendigen aktuellen Praxis und den durch frühere Praxis erzeugten inneren und äußeren Strukturen, einer »Dialektik von opus operatum [geschaffenem Werk] und modus operandi [schaffender Praxis]«, wie Bourdieu (1987, S. 98) es ausdrückt.

Welche empirischen Forschungen im Feuerbachkapitel verarbeitet sind, kann nachgelesen werden in den Kreuznacher Heften von 1843, in denen Marx umfangreiche historische Literatur exzerpiert hatte. Diese sind seit 1981 in der MEGA zugänglich (Marx 1981 [1843]), S. 5–278) aber kaum diskutiert worden. Zu den Ausnahmen gehört insbesondere der Vergleich mit Max Weber von Thanasis Giouras (2015), der sehr umfassend auch die übrige sozialhistorische Diskussion bei Marx und seinen Zeitgenossen einbezieht. Giouras betont:

»Es ist gerade diese Lebendigkeit des Konkreten, dessen Dynamik durch die fest begründeten begrifflichen Einsichten der Kritik so gut wie befreit ist, die Marx erlaubt, in seinen historischen Darstellungen Stilmittel des Theaters zu benutzen. … Es muss jedoch mit aller Deutlichkeit betont werden, dass jegliches historisches Urteil nicht einfach aus ‚ideologischen' Überzeugungen gespeist wird, sondern dass es auf der weitgehenden, akribischen Aneignung des Materials in seinen Details steht.« (ebd., S. 96)

Das Feldkonzept ist erst spät, seit den 1960er Jahren, vor allem von Edward Thompson und Pierre Bourdieu als Grundlage einer »praxeologischen Klassentheorie« systematisch entwickelt worden. Es kann sich aber auch auf frühere Vorentwicklungen berufen. Diese sind insbesondere in der klassischen Soziologie zu finden, zu der eben nicht nur Max Weber, Émile Durkheim und Theodor Geiger, sondern auch Marx selber und Antonio Gramsci zu rechnen sind. Dazu müssen allerdings die dominanten Lesarten dieser Autoren beiseite gelegt und ersetzt werden durch eine neue, heterodoxe Lektüre, auch von Marx.

3. GRAMSCI: DIE EIGENLOGIKEN DES POLITISCHEN UND DES ALLTAGSKULTURELLEN FELDES

Die hier vorgelegte Neuinterpretation zeigt bei Gramsci eine bisher kaum beachtete erstaunlich klare theoretische Konzeption (vgl. Vester 2018). Der Begriff des »Feldes« gehört, in Verbindung mit den Begriffen »Milieu«, »Kräfte«, »Kräfteverhältnisse« und »Kampf«, zu den Konzepten der Praxistheorie Gramscis. Da er das Feuerbachkapitel noch nicht kannte, entwickelte er sie ausgehend von den Feuerbachthesen von Marx und anderen verfügbaren Schriften als Alternative zu

vulgärmaterialistischen und positivistischen Sichtweisen. In den Gefängnisheften verwirft Gramsci deren »mechanistische Auffassung des Lebens und der geschichtlichen Bewegung: die menschlichen Kräfte werden als passive und nicht bewusste, als ein von den materiellen Dingen nicht unterschiedenes Element betrachtet, und der vulgäre Evolutionsbegriff, im naturalistischen Sinn, ersetzt den Begriff der Entfaltung und Entwicklung.« (Gramsci 2012 [1929-1935], Heft 16, S. 1847) Vielmehr gehe es darum, entsprechend den Feuerbachthesen von Marx »das Einwirken der (aktiven und folglich gewisse unmittelbare und mittelbare Ziele verfolgenden) Menschen als entscheidend in der geschichtlichen Entwicklung zu bewerten (unter den gegebenen Bedingungen versteht sich).« (Ebd.) Damit bricht Gramsci mit dem mechanistischen Milieubegriff der Aufklärungsphilosophie, nach dem die Menschen nur passiv durch äußere Umstände geprägt sind. Er ersetzt ihn durch ein praxeologisches Milieukonzept, nach dem die Menschen nicht nur Geschöpfe, sondern auch Schöpfer ihrer Lebensverhältnisse sind.

Gramsci verwendet das Konzept des Feldes nicht unähnlich Bourdieu, indem er die Felder als relativ autonome, eigengesetzliche Felder und als Felder des »Kampfes« zwischen verschiedenen »Kräften« auffasst und in Teilfelder ausdifferenziert. Wie Bourdieu (1983, S. 183) hat sich Gramsci mit dem Konzept des Feldes und der Kräfte auch von der Relativitätstheorie Einsteins anregen lassen, die er als Beispiel von Dialektik dem dogmatischen Vulgärmaterialismus entgegenhält (ebd., H. 7, S. 884).

Für das ökonomische Feld sieht Gramsci ein »eng an die Struktur gebundenes gesellschaftliches Kräfteverhältnis, das objektiv und vom Willen der Menschen unabhängig ist … . Auf der Basis des Entwicklungsgrades der materiellen Produktivkräfte treten die gesellschaftlichen Gruppierungen auf, deren jede eine Funktion in der Produktion selbst repräsentiert und eine bestimmte Stellung in ihr einnimmt.« (ebd., H. 13, S. 1560) Doch er hält die »Übertragung von Konzeptionen, die auf dem ökonomischen und gewerkschaftlichen Feld [terreno] entstanden sind, auf das politische und parlamentarische Feld [campo]« für unangemessen (H. 13, S. 1618). Stattdessen unterscheidet Gramsci – wie Weber (1972 [1921], S. 531) unter dem Namen »Ordnungen« – insgesamt drei relativ eigengesetzliche Hauptfelder der Gesellschaft:

- das praktisch-ökonomische bzw. das ökonomische Feld (Gramsci ebd., H. 14, S. 1630 [campo]; H. 8, S. 1037 [campo]);
- das soziale Feld (H. 1, S. 193 [area sociale]) bzw. das Feld des Alltagsverstandes (H. 24, S. 2180 [campo]);
- das Feld der Politik (H. 1, S. 128 [campo bzw. terreno]; H. 6, S. 816 [campo]; H. 8, S. 1036f).

Dass die Akteure des politischen Feldes auch nach der Aufassung von Marx nicht unmittelbar ökonomisch bestimmt, sondern nach relativ autonomen Eigengesetzlichkeiten handeln, betont und erklärt Gramsci ausführlicher in dem Abschnitt »Struktur und Superstruktur. Ökonomie und Ideologie«, der gegen das Lehrbuch »Theorie des historischen Materialismus« gerichtet ist, das Bucharin (1922) auf Initiative des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion herausgegeben hat. Es wurde rasch international verbreitet und prägte dann die offizielle Doktrin des Parteimarxismus in vielen Ländern. Es löste aber auch große Kontroversen aus, die zusammenfassend veröffentlicht und herausgegeben sind, eingeleitet von Oskar Negt (1974) unter dem Titel »Marxismus als Legitimationswissenschaft«, mit dem unmissverständlichen Untertitel »Zur Genese der stalinistischen Philosophie« (Negt 1974). Gramsci schreibt:

»Der (als wesentliches Postulat des historischen Materialismus dargestellte) Anspruch, jede Schwankung der Politik und der Ideologie als einen unmittelbaren Ausdruck der Struktur hinzustellen und darzulegen, muss theoretisch als primitiver Infantilismus bekämpft werden, oder praktisch muss er bekämpft werden mit dem authentischen Zeugnis von Marx als Verfasser konkreter politischer und historischer Werke. Unter diesem Gesichtspunkt sind vor allem wichtig der 18. Brumaire und die Schriften zur Orientalischen Frage, aber auch andere (Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Der Bürgerkrieg in Frankreich und kleinere). Eine Analyse dieser Werke erlaubt eine genauere Bestimmung der marxistischen historischen Methodologie, indem man die verstreuten theoretischen Aussagen in all den Werken zusammenfasst, beleuchtet und interpretiert. Man wird sehen können, wieviele reale Vorbehalte Marx in seinen konkreten Forschungen einführt, Vorbehalte, die in den allgemeinen Werken keinen Platz finden konnten …« (Ebd., H. 7, S. 878)

Von diesen Vorbehalten Marxens führt Gramsci drei auf, die auf das Spezifische von politischer Praxis hinweisen: Erstens sind die Strukturen nicht »statisch«, als »Momentaufnahme« auszumachen, sondern sie müssen in ihrem nicht genau vorhersagbaren »ganzen Entwicklungsprozess selbst« untersucht werden. Zweitens können die Akteure die Kräfteverhältnisse nicht immer angemessen, sondern aufgrund von komplexen Motivationen der beteiligten Gruppen auch ver-

schieden oder fehlerhaft einschätzen (ebd., S. 879). Schließlich ist zu berücksichtigen,

»dass viele politische Akte … mit dem Bedürfnis zusammenhängen, einer Partei, einer Gruppe, einer Gesellschaft Zusammenhalt zu geben. … In der Diskussion zwischen Rom und Byzanz über die Abkunft des Heiligen Geistes wäre es lächerlich, in der Struktur des europäischen Ostens die Behauptung zu suchen, daß der Heilige Geist nur vom Vater herkommt, und in der des Westens die Behauptung, daß er vom Vater und vom Sohne herkommt. Die beiden Kirchen … haben Fragen aufgeworfen, die das innere Unterscheidungs- und Kohäsionsprinzip für jede ist …, und es ist dieses Problem der Unterscheidung und des Konflikts, welches das historische Problem bildet, nicht die zufällige Fahne jeder der Parteien…« (Gramsci, ebd., H. 7, S. 879f)

Damit sind relativ eigenständige Gesetzmäßigkeiten des politischen Feldes angesprochen: die Dimension der geschichtlichen Zeit, die sich wandelnde Akteurskonstellationen, die komplexen Motivations- und Einschätzungsbedingungen und nicht zuletzt die Distinktions- und Kohäsionsmechanismen der Milieuzusammenhänge von Organisationen und Institutionen.

4. DIE KAPITALISTISCHE AKKUMULATION: VOM POLITISCH GESTEUERTEN ZUM AUTOMATISCHEN PROZESS?

Im *Kapital* finden sich zwei entgegengesetzte Konzeptionen der historischen Transformation der Gesellschaftsordnung. Die Abschnitte über den Kampf um den Zehnstundentag und die Fabrikgesetzgebung (Marx 1962 [1867], S. 279-320) entsprechen der Auffassung der Gesellschaft als Kampffeld. Die Abschnitte über die Logik und Geschichte der kapitalistischen Akkumulation (ebd., S. 640-791) repräsentieren das mechanistische Modell einer antagonistischen Polarisierung in eine Klasse von Kapitaleignern und eine Klasse von freien Lohnarbeitern.

Für die Polarisierung in zwei Klassen unterscheidet Marx im Kapital zwei Entwicklungsphasen. Im 24. Kapitel rekonstruiert er die Übergangsperiode zwischen der ständisch-feudalen Ordnung des Mittelalters und dem der industriekapitalistischen Revolution, also ungefähr zwischen 1500 und 1800. Sein Fokus ist die dem industriellen Kapitalismus »vorausgehende Akkumulation« (Smith) oder »ursprüngliche Akkumulation« (Marx 1962 [1867], S. 741-791). Das 23. Kapitel analysiert die Mechanismen der Akkumulation innerhalb des industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und mündet in das »Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« (ebd., S. 640-740). In der ersten Phase war die Polarisierung der Klassen ein politisch gesteuerter, in der zweiten ein gleichsam automatischer, naturgesetzlicher Prozess. In beiden Phasen werden die arbeitenden Klassen nicht als aktiv Handelnde in diesem Veränderungsprozess, sondern als dessen passives, widerstandsloses Objekt begriffen.

Zum Verständnis dieser Prozesse muss die umfassendere Sozialgeschichte in Erinnerung gerufen werden, in die sie eingebettet waren. Der beschleunigte Aufstieg des modernen Kapitalismus beginnt in der Tat schon etwa drei Jahrhunderte vor der industriellen Revolution, mit der großen historischen Wendeperiode um 1500. Bis dahin hatte sich eine spannungsreiche Koexistenz zwischen den seit dem 11. Jahrhundert aufsteigenden selbstverwalteten Städten, dem alten Feudaladel und den weltlichen und kirchlichen Fürsten aufgebaut. Diese aufhaltsame Entwicklung erlebt nun einen qualitativen Sprung. Das expandierende Handelskapital löst sich aus den Städtebünden, verbindet sich mit den aufsteigenden Fürstenstaaten und beginnt auf dem Seeweg den Weltmarkt zu erschließen. Diese Wende wird markiert durch die Entdeckung Amerikas im Jahre 1492. Gleichzeitig ist dies eine soziale Wendeperiode mit steigendem Druck auf die bäuerlichen und stadtbürgerlichen Volksklassen. Die Spannungen suchen ihren Ausdruck in den Bauernkriegen und in den Umbrüchen der Renaissance, des Humanismus und der Reformation. In den wenigen Jahrzehnten seit der Entdeckung Amerikas drängen sich wichtige Umwälzungen der Technik-, Gesellschafts-, Kultur- und Theorieentwicklung zusammen, die mit den herausragenden Namen von Erasmus, Morus, Machiavelli, da Vinci, Zwingli, Luther, Müntzer und anderen verbunden sind und bis heute nachwirken.

Marx' Fragestellung richtet sich nicht auf diesen ganzen Prozess, sondern auf die Teilfrage der Klassenpolarisierung in England. Die erste Phase setzt ein mit der beginnenden Auflösung der vorfeudalen, feudalen und ständischen Wirtschaftsweisen und sozialen Sicherheiten im Übergang vom 15. zum 16. Jahrhundert. Sie ist das Resultat einer schrittweise gesteigerten Machtkonzentration und aktiven Praxis der herrschenden Mächte. Sie beginnt mit der Auflösung der Gefolgschaften der Feudalherren, die durch die Rosenkriege sehr geschwächt waren. Der Grundbesitz beginnt sich bereits um 1500 zunehmend von der feudalen auf eine kom-

merzielle Wirtschaftsweise umzustellen. Unter Heinrich VIII. erreicht dieser Prozess eine neue Qualität durch die Reformation, die mit der Etablierung einer protestantischen Staatskirche und ab 1536 mit der Enteignung der Kirchengüter verbunden ist. Diese Enteignungen sind Teil der politischen Förderung des Londoner Handelskapitals, das zuvor von der Hanse und italienischen Handelsfirmen dominiert gewesen war. Mit dem Aufstieg der Interessenkoalition von Handelskapital und Fürstenstaat tritt ein neuer Akteur in der Geschichte auf.

Das Handelskapital expandiert mit dem Aufschwung des internationalen Wollhandels und später auch des Getreidehandels mit Hilfe der starken Hebel staatlicher Politik. Dazu gehört auch die zwar, wie Marx betont, langsame, aber jahrhundertelang fortgesetzte Politik der gewaltsamen und rechtlich-institutionellen Enteignung der Landbevölkerung. Die noch bestehenden vorfeudalen Formen des Ackerlands selbstwirtschaftender Bauern und des Gemeindelands werden nach und nach in eine Ware, in kommerziell für Schafzucht und Getreideanbau genutzte Flächen verwandelt. Dieser Prozess geht mit grausamer Gewalt, mit Unterstützung der protestantischen Religion, die alle armen Menschen als Faulpelze verdammt, und mit Arbeitshäusern, Brandmarkungen, Hinrichtungen usw. einher. Das expropriierte Landvolk wird zu Vagabunden gemacht:

»So wurde das von Grund und Boden gewaltsam expropriierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.« (Ebd., S. 765)

Damit, so Marx, entsteht das disziplinierte Heer der freien Lohnarbeiter, das dann seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der expandierenden kapitalistischen Fabrikindustrie gebraucht wird. Dies ist verbunden mit einer totalen, widerstandslosen äußeren und inneren Unterwerfung unter die kapitalistische Logik:

»Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand …, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter.« (MEW 23, S. 765, Hervorhebungen hinzugefügt)

Entsprechend erscheint auch die Aufhebung dieser Herrschaft durch eine Revolution der Arbeiterklasse als automatischer, nicht durch aktive Praxis vermittelter Prozess:

»Mit der ständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch die Mechanismen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. … die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation.« (MEW 23, S. 790f, Hervorh. hinzugefügt)

Ähnlich, jedoch mit einer nicht unwesentlichen Einschränkung formuliert Marx im vorangehenden 23. Kapitel das »allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«:

»Je größer der gesellschaftliche Reichtum, … desto größer die industrielle Reservearmee. … Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich anderen Gesetzen durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.« (Ebd., S. 673f, H. i. Original)

In dem Marx-Arbeitskreis im Frankfurter Sozialistischen Studentenbund hat uns seinerzeit ein älterer Student – es war Oskar Negt – darauf aufmerksam gemacht, dass hier, in der Hegelschen Terminologie, eine entscheidende Einschränkung formuliert ist: Die Geltung der Tendenz zur Verelendung wird dadurch eingeschränkt, dass sie nur ceteris paribus gilt, also grundsätzlich (»allgemein«), losgelöst (»absolut«) vom Kontext eines komplexen Wirkungsfelds (»mannigfache Umstände«) und damit durchaus abänderbar (»modifiziert«).

Dies bedeutet, dass der Mechanismus der zwangsläufigen Polarisierung und Verelendung nur unter den Bedingungen eines uneingeschränkten Laissez-faire-Kapitalismus funktionieren kann, in dem es keinen Widerstand in der Alltagskultur und keine Intervention durch Gewerkschaften oder staatliche Politik gibt. Diese hat – wie Marx (allerdings erst fast einhundert Seiten später (ebd., S. 768f) hervorhebt – mit der erkämpften Aufhebung der Koalitionsverbote von 1824 tatsächlich die Wirkung des Akkumulationsgesetzes modifiziert. Wird aber das Akkumulationsgesetz wortwörtlich genommen und isoliert von diesem modifizierenden Kontext zitiert, dann erscheint die »der Akkumulation von Kapital entsprechende

Akkumulation von Elend« (ebd., S. 675) als die Prophezeiung eines unausweichlichen Schicksals, das nur noch durch eruptive Empörung gewendet werden kann. Bei manchen Interpreten erscheint dann der Kapitalismus als allmächtiges, fast totalitäres System.

Wird die Dynamik der Akkumulation dagegen als eine Tendenz verstanden, gegen die auch Gegentendenzen und Gegenpraxis möglich sind, dann scheint das Problem innerhalb der Marxschen Theorie lösbar. Die Akkumulation des Kapitals ist dann gleichsam kein ‚vollautomatischer', sondern ein ‚halbautomatischer' Prozess: Die Akkumulationstendenz wirkt weiter, aber an der Stelle der eruptiven Empörung kann der anhaltende und organisierte soziale, gewerkschaftliche und politische Kampf der Lohnarbeiter stehen – und auch die staatliche Intervention durch Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Damit öffnet sich die marxsche Theorie für Theorien der Intervention, wie sie später der Keynesianismus und die Theorien der (je nach Klassenkompromiss und Interventionsform verschiedenen) nationalen »Pfade« der Entwicklung anboten. Doch damit sind die Probleme keineswegs schon hinreichend gelöst. Wie Marx selbst bleibt auch der »Marx-Keynesianismus« an zwei Prämissen gebunden, die zwar nicht falsch, aber doch zu eng definiert sind.

Zunächst wird die kapitalistische Akkumulation zu eng auf die englische Textilindustrie bezogen, in der in der Tat eine vereinheitlichende Herabdrückung der Arbeitsqualifikation und der Löhne und die Verelendungstendenz beobachtet werden konnten. Aber dies wurde irrtümlich zu einer Tendenzprognose für alle Industrien und Lohnarbeitenden verallgemeinert. Empirisch kam es auch in anderen kapitalistischen Ländern im langfristigen Durchschnitt zur Zunahme der qualifizierten Facharbeit, ohne dass allerdings die großen Verlierergruppen der gering Qualifizierten und Entlohnten verschwanden.

Zum zweiten trifft die Annahme von Marx nicht zu, dass der Konflikt um die kapitalistische Herrschaft erst anfängt, wenn die Arbeitenden in »freie Lohnarbeiter« der großen Industrie verwandelt worden sind. Mit ihnen ist der historische Akteur antikapitalistischer Praxis zu eng definiert. Auch Nichtlohnarbeiter können antikapitalistisch sein. Zu den antikapitalistischen Emanzipationsbewegungen gehörten, wie nachfolgend dargestellt wird, auch kleine Handwerker, Landwirte, Dienstleistende und Hausbedienstete, Männer und Frauen, prekäre Selbstständige und humanistische Intellektuelle, Junge und Alte usw.

Es ist daher befreiend, mit Gramsci von den »subalternen« Klassen zu sprechen, wie dies insbesondere van der Linden (2008) und van der Linden/Roth (2011) fordern. Sie weisen vor allem auf die heutige Rückkehr überwunden geglaubter Klassenverhältnisse hin. Der Zurückdrängung des »Normalarbeitsverhältnisses« (mit Vollzeit, Nichtbefristung, hinreichenden Einkommen, Sozialversicherung usw.) entspricht weltweit das Wiederaufleben anderer Formen abhängiger Arbeit. Wie schon vor der Industrialisierung koexistiert die Lohnarbeit mit Formen der Schuldknechtschaft, der Diskriminierung nach Geschlecht, Ethnie und Religion, der Scheinselbstständigkeit, der Subsistenzwirtschaft und sogar der Sklaverei in verschiedenen Formen.

5. ANTIKAPITALISTISCHE BEWEGUNGEN VOR DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION

Das, was Marx im *Kapital* über die ursprüngliche Akkumulation und ihre brutalen Seiten sagt, ist, wie ein Abgleich mit der übrigen Sozialgeschichtsschreibung zeigt, durchaus zutreffend. Aber es ist unvollständig. Die Wirksamkeit von sozialen Gegenkräften und Klassenkompromissen bleibt unerwähnt.

Tatsächlich haben die Tudors (man muss sich Heinrich VIII. und Elisabeth I. darunter vorstellen, ein zur Weltmacht aufsteigendes Renaissance-Fürstentum mit großem Glanz, Shakespeare usw.) es nicht dabei belassen, das arme Volk zu enteignen. Sie haben, unter dem Druck sozialer Schieflagen, zwei wichtige Kompensationen für die von ihnen abgeschafften Rechte zugestanden. Die in der Reformation enteignete katholische Kirche hatte die Aufgabe gehabt, die Bedürftigen zu versorgen. Als Ersatz dafür musste unter Elisabeth 1601 das Armengesetz eingeführt werden, das jedem Armen eine Minimalsicherung durch die Gemeinde zusprach. Zudem wurden zwischen 1580 und 1630, zur Vermeidung der Spekulation auf dem Kornmarkt, Kontrollen der Preise und Qualität von Getreide, Brot und anderen Lebensmitteln im Book of Orders kodifiziert, das von Fürst zu Fürst weiterentwickelt wurde.

Es entstand nicht nur eine underclass von total ausgegrenzten armen Vagabunden. Es gab auch einen Klassenkompromiss, eine Art »absolutistischen Sozialstaat«, das sogenannte »paternalistische Modell« (Thompson 1980a [1978]). Diese schiefe, aber doch minimale soziale Stabilität hat letztlich bis

ins 18. Jahrhundert gehalten. Marx erwähnt dies nicht, er beschreibt das Ganze nur als einen top-down-Prozess, der die gesamte Landbevölkerung in Arme verwandelt. Diese Lücke bei Marx ist seit langem von marxistischen Historikern aufgearbeitet worden, insbesondere in den großen Gesamtdarstellungen, die bereits 1913 Max Beer und dann 1963 Edward Thompson vorgelegt hat, an die meine eigenen, noch weitere Forschungen verarbeitenden Studien angeknüpft haben (Vester 1970).

Alle diese Untersuchungen beschreiben diesen Kompromiss, der tief in einer »moralischen Ökonomie«, d. h. in den Sitten und Gewohnheiten der Lebens- und Wirtschaftsweise verankert war, und seine Aufkündigung. Dies geschah im Laufe des 18. Jahrhunderts zunächst schrittweise und schließlich ganz durch die flächendeckende Enteignung des Gemeindelands, durch die manipulierte Flurreform (die die Kleinbauern in England dezimiert oder in Pächter verwandelt) und durch die Demontage des Armengesetzes. Thompson (ebd., S. 98f) hat herausgearbeitet, dass es die Verletzung der alten Regulierungen war, die in England von 1740 bis 1800 den Anlass für mindestens fünf größere Protestbewegungen gegen Korn- und Brotpreiserhöhungen gegeben hat. Die Protestierenden der Brotunruhen beriefen sich darauf, dass es Preisbegrenzungen für Getreide geben musste, wie es in den Books of Orders festgelegt war. Die Zerstörung dieser paternalistischen Minimalgarantien durch die – heute würden wir sagen – ‚neoliberale' Klasse, war der eigentliche Grund der Protestbewegungen, die dann in die Arbeiterbewegung der industriellen Revolution hineingeflossen sind.

Es kam auch schon zu Krisen, die von dem von der Regierung protegierten spekulativen Börsenkapital ausgelöst wurden. Nach italienischem Vorbild war schon 1570, unter Elisabeth I., die Londoner Börse eingerichtet worden. 1720 hatte das Platzen der Südsee-Aktienblase viele Vermögen vernichtet, eine wirtschaftliche Rezession ausgelöst und damit die Whig-Regierung völlig in Misskredit gebracht. Wir können uns die Atmosphäre am besten mit Brechts Dreigroschenoper vorstellen, die fast wortwörtlich von John Gays Beggar's Opera übernommen worden ist, die zuerst 1728 aufgeführt worden ist, nur so triefend von Sarkasmus und mit derselben schrägen, gegen die pompösen Barockopern von Händel gerichteten Musik. Gay, der sein Vermögen weitgehend verloren hatte, karikierte in den Gaunerfiguren des Stücks den mächtigen und korrupten Schatzkanzler Robert Walpole, der – wie der Bock als Gärtner – mit der Abwicklung des Spekulationsskandals beauftragt und übrigens für Adam Smith der Inbegriff der staatlichen Bevormundung war. Die herrschende Klasse, gestützt auf Getreide- und Aktienspekulation und ein Parlament mit käuflichen Wahlkreisen, gilt als absolut korrupt. Sie hat keinen Kredit mehr bei der Intelligenz und bei den nonkonformistischen religiösen Gruppen, die das radikale Erbe des linken Flügels der mit dem Namen Cromwells verbundenen verlorenen Revolution der 1640er/50er Jahre weitergaben.

Doch die Oppositionsbewegung kommt, abgesehen von der amerikanischen Sezession von 1776, politisch nicht richtig in Gang. Das ändert sich erst durch ein anderes Signal, durch die Entmachtung des alten Regimes in Frankreich und den Sturm auf die Bastille im Juli 1789. Sofort trifft man sich in London und baut das Netzwerk einer überörtlichen Bewegung auf, die kapitalismuskritisch ist und das allgemeine Wahlrecht fordert. Ihr schließen sich viele Arbeiter, Handwerker, kleine Selbstständige und Intellektuelle an. Die Bewegung entsteht also nicht durch das industriekapitalistische System, sondern als eine sozial und politisch motivierte Protestbewegung gegen soziale Ungerechtigkeit.

Ein großer Teil derer, die von der kapitalistischen Deregulierungspolitik getroffen werden, sind gut ausgebildete Männer und Frauen aus der fachhandwerklichen Kultur, Angehörige der großen »respektablen« Volksklassen. Diese können sich selbst organisieren, sie haben ihre Vereine, nonkonformistischen Kirchen und Unterstützungskassen. Es gibt auch schon viele Gewerkschaften, besonders in der manufakturellen Produktion des Schiffsbaus, des Baugewerbes, der Keramik und auch in der textilen Hausindustrie. Es gab also auch bereits eine Arbeiterbewegung.

Diese Bewegungen entwickelten sich gleichzeitig mit dem Intellektuellen- und Aktivistenprotest der 1790er Jahre und verbanden sich nach und nach mit diesem. All das widerspricht der These, die der frühen Arbeiterbewegung eine historische »Unreife« zuschreibt (vgl. Na'aman 1979). Es gab schon hochentwickelte Theorien (vgl. Vester 1970a; 1970b, S. 7-147). Dazu gehörte, neben der einflussreichen kapitalkritischen Wertlehre von Charles Hall, auch William Godwins *Enquiry Concerning Political Justice*, die, wie Engels erwähnt, in vielen Arbeiterhaushalten stand. Godwin entwickelt, an Adam Smith anknüpfend, eine Utopie: Die Arbeitsteilung wird uns in eine klassenlose Gesellschaft führen, in der man noch nicht einmal mehr Fabrikdisziplin braucht, denn die Technologie wird es ermöglichen, dass ein Mensch allein die ganze Arbeit

erledigen kann (vgl. Vester 1970b, 10-25). Es scheint fast, dass Godwin die Digitalisierung schon geahnt hätte. Godwin war der Vater von Mary Shelley, und diese war dann die Autorin der technologiekritischen Frankenstein-Parabel. Godwins Partnerin und Mary Shelleys Mutter war die Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft. Es gab auch eine kräftige feministische Propaganda in den bewegten 1790er Jahren.

6. SOLIDARISIERUNG ZUR KLASSE: NICHT DURCH HOMOGENE LAGEN, SONDERN DURCH POLARISIERUNG DES POLITISCHEN FELDES

Diese Klassenbewegung war noch heterogen. Sie musste erst zu gemeinsamem Denken und Handeln zusammenkommen. Dies geschah nicht durch Vereinheitlichung ihrer ökonomischen Lage, sondern durch die sozialen Kämpfe. Ab 1790 fanden sich – angetrieben durch die Französische Revolution – die verschiedenen Fraktionen der herrschenden wie der beherrschten Klassen zu zwei antagonistischen politischen Lagern zusammen. Auch die kapitalistische Klasse war noch geteilt in die Fraktionen des Agrarkapitals und des aufsteigenden Industriekapitals. Dies änderte sich, so Thompson, durch das Zusammenspiel der Französischen Revolution mit der sich erhebenden Bewegung der verschiedenen abhängig arbeitenden Klassen: »The fear inspired by the French Revolution, and the challenge of an insurgent proletariat at home, projected these two classes into each other's arms ...“ (Thompson 1978 [1965], S. 45)

Im Interesse dieser beiden Klassenfraktionen verschärfte die englische Regierung ab 1794 die Einschränkungen der Koalitions-, Meinungs- und Pressefreiheiten durch neue Verbote und Strafverfolgungen. Von 1800 bis 1824 war die konterrevolutionäre Verbotsgesetzgebung so flächendeckend, dass alle oppositionellen Aktivitäten rigoros eingeschränkt oder, wie im Falle der Gewerkschaften, durch Koalitionsverbote illegalisiert wurden. Die heterogenen Gruppen der Opposition sind erst durch die Erfahrung dieser gemeinsamen Unterdrückung zusammengeschmiedet worden. So fand die gezielte Maschinensabotage, zu der die Gewerkschaften besonders im Jahre 1811 griffen, Unterstützung bei Autoren wie Lord Byron, der die sog. Maschinenstürmer mit den Männern des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verglich. Denn die Sabotageakte waren, wie Thompson herausarbeitet, nicht aus einer irrationalen Abwehr technologischer Modernisierung, sondern aus der Blockierung aller legaler Aushandlungsmechanismen zu erklären (Thompson 1987 [1963], S. 554-693; Müller-Jentsch 2015).

Die Bewegung hat also nicht mit der schärfsten Unterdrückung begonnen, wie das mechanistische Modell annimmt, sondern durch das hoffnungsvolle Signal aus Frankreich, das lautete: Man kann das alte Regime stürzen. Die Unterdrückung hat Solidarität hervorgerufen, nicht Fragmentierung. Die gemeinsame Unterdrückung fügte die Bewegungen zusammen, weil sie jetzt einen gemeinsamen Gegner hatten, die als *Old Corruption* bezeichnete Oligarchie.

Auch ein zweites Beispiel verdeutlicht, dass die Logik der Praxis, aus mechanistischer Sicht, paradox ist, wir dürfen auch sagen: dialektisch. Repression provoziert auch Widerstand, nicht nur in den Volksklassen, sondern auch im liberalen Bürgertum, der alten englischen Tradition der Mitbestimmung der sozialen Gruppen und der persönlichen Unversehrtheit entsprechend. Diese Tradition wurde remobilisiert durch das Massaker von Manchester. Dort demonstrierten am 16. August 1819 auf dem St.-Peters-Feld mehr als 60.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, friedlich für das Wahlrecht. Von ihnen wurden elf getötet und Hunderte verletzt, als plötzlich die Kavallerie der Schlacht von Waterloo mit Säbelhieben über sie herfuhr. Das war keine zentral organisierte Aktion, sondern eine Eruption von Klassenhass. Die Berittenen waren Gefolgsleute der oberen Klassen, die sich von der beginnenden Bewegung in Frage gestellt sahen.

Das dann als »Peterloo« bezeichnete Massaker hat eine totale Kehrtwende der liberalen Öffentlichkeit hervorgerufen. (Das erinnert an die Rolle Rudolf Augsteins nach der *Spiegel-Affäre* von 1962 und unsere liberale Öffentlichkeit nach der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg 1967 durch einen Polizisten in Berlin. Dann sind die Liberalen bis in die 1970er Jahre mit der sozialistischen Linken zusammengegangen, die daher in diesen Jahren auch viel tun und erreichen konnte.)

Als in England ab 1820 dann die fortschrittlich-liberalen Kräfte mit der Bewegung zusammengingen, blühte alles auf. Dazu gehört auch die Theoriebildung der an David Ricardos politische Ökonomie anknüpfenden Sozialisten (wie Thomas Hodgskin, William Thompson und anderen), auf denen dann Marx die Werttheorie aufbaut. Es gibt noch einmal eine Welle der Frauenemanzipation, mit Anna Wheeler und William Thompson. Es entsteht eine riesige Genossenschaftsbewegung. Das lief zuerst ein bisschen dilettantisch, da verschwand schon einmal der Kassierer mit der Kasse nach Amerika. Durch Lernen aus Fehlern mussten Prinzipien der

verlässlichen Organisation erfunden werden: Gewerkschaften organisieren, Genossenschaften und Bildungsvereine aufbauen, Theorie machen und Wahlrecht erkämpfen. Um 1824 wurden die Gewerkschaften legalisiert, die Bewegung war mit Streiks und Protesten auf dem Siegeszug.

1830 kommt wieder ein Signal aus Frankreich, die Julirevolution. Viele denken: Wenn die in Frankreich das alte Regime stürzen, können wir das auch. Das war in vielen Ländern so, auch in Deutschland, denken wir an Georg Büchner. Die englische Wahlrechtsbewegung wird so riesig, dass sie 1832 vor das Parlament zieht und sagt: Wir stellen jetzt die Machtfrage. Nach Frankreich entsteht, so Thompson (1978 [1965], S. 46–51), auch in England eine revolutionäre Situation. Erst im letzten Augenblick lenkt die herrschende Klasse ein, sie gesteht das Wahlrecht zu, aber nur denjenigen, die mit 10 Pfund Jahresmiete registriert sind. Die Arbeiterklasse geht leer aus, die mit ihr bis dahin verbündeten Mittelschichten bekommen ihr Wahlrecht nach dem Prinzip »Teile und herrsche!« Die Bewegung war nicht durch eine militärische Niederlage, sondern durch einen Strategiewechsel der Herrschenden außer Kraft gesetzt.

Enttäuscht, haben die Gewerkschaften bis 1834 noch Riesenstreiks geführt, teilweise mit dem anarchosyndikalistischen Ziel, durch Massenstreik die kapitalistischen Betriebe in Arbeiterhand zu übernehmen. Die Streiks sind alle durch Aussperrungen, Strafverfolgung und Deportationen (und zwar in die Tropen, aus denen viele Deportierte nicht lebend wiederkamen) zunichte gemacht worden. Der junge Engels lernt die Arbeiterbewegung in dieser Verfassung kennen, als er 1842 nach England kommt: eine Gewerkschaftsbewegung, die keine eigene politische Partei, sondern Bündnisse mit Fraktionen der bürgerlichen Parteien anstrebt und vor allem versucht, ihre Organisation zu sichern. Er ist enttäuscht von ihrer politischen Zurückhaltung, deren weit zurückreichenden historischen Hintergrund er kaum kennt.

Die Arbeiterbewegung hat dann aber doch viel erreicht. Sie war nicht endgültig angepasst, sondern sie hat – das ist wieder die Dialektik eines solchen Prozesses – die Anpassung für etwas genutzt; sie hat stabile Organisationen und Arbeitergenossenschaften aufgebaut und nach 1890 endlich auch die Labour Party gegründet, alles das, was Marx im letzten Teil des *Elends der Philosophie* als historische Perspektive formuliert hat (Marx 1959 [1847], S. 175–182). Sie haben nicht die Revolution, aber doch einen klassenbewussten linken Reformismus vertreten. Marx hat dies bereits 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation anerkannt, indem er den erkämpften Zehnstundentag und den Aufbau der Produktivgenossenschaften als einen »Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals« bezeichnete (Marx 1962 [1864], S. 11). Nicht zuletzt die Produktivgenossenschaften, die den Erfolg der demokratischen Selbstverwaltung von Betrieben bewiesen haben, stützten sich auf die Arbeiterintelligenz, auf die Facharbeiter, eine ganz bestimmte Schicht, die hegemonial in der Arbeiterklasse war.

In seiner Schrift zur Pariser Kommune von 1871 (1962 [1871], S. 313–362), die ebenfalls aus der Erfahrung praktischer Kämpfe hervorging, sah Marx in der von der Arbeiterklasse erkämpften Regierung »die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte« (ebd., S. 342). Das Wesentliche dieses Beispiels »neuer geschichtlicher Schöpfungen« (ebd., S. 340) sah er in ihrer Politik, die herkömmliche Herrschaft des Kapitals und des Staatsapparates nicht selbst zu übernehmen, sondern zu ersetzen durch wirtschaftliche und politische Selbstverwaltungsorgane und eine planvolle Koordination nach dem föderativen statt dem zentralistischen Prinzip (ebd., S. 335–345).

Es gab also zwei Felder der Praxis der Arbeiterbewegung: erstens selbst die andere Gesellschaft aufzubauen, mit selbstverwalteten Bildungs- und Genossenschaftsorganisationen, und zweitens die sozialstaatliche Politik. Die Forderung des Sozialstaats taucht schon viel früher auf, am 1. Mai 1820 in der berühmten Botschaft Robert Owens an die Grafschaft Lanark. Owen forderte insbesondere eine nationale Beschäftigungs- und Einkommensstatistik, die Ersetzung der Arbeitslosenunterstützung durch öffentliche Arbeiten für die Infrastruktur, Fabrikgesetze zur Regulierung der Kinderarbeit und der allgemeinen Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, die Aufwertung der Arbeitskraft durch bessere Berufsausbildung und die Förderung von Genossenschaftssiedlungen (s. Vester 1970, S. 219). Das war die Wurzel dessen, was dann von der Labour Party später, ab 1945 – also erst 125 Jahre später! – umgesetzt worden ist. Die Labour Party hat dann den mustergültigsten Wohlfahrtsstaat alten Typs aufgebaut. Dieser ist natürlich inzwischen überholt, mit seinen Schwächen, aber von 1945 bis 1951 hatte Labour Riesenmehrheiten.

Und warum ist Labour 1945 endlich an die Macht gekommen? Nicht wegen der härtesten Unterdrückung, sondern weil der Zweite Weltkrieg zu Ende war. Die Faschisten wa-

ren besiegt, und es gab einen Linksruck in ganz Europa. Das können wir auch in den schönen neorealistischen Filmen der Nachkriegszeit sehen: Dass das Volk jetzt wieder drankommt.

7. KLASSENERFAHRUNG: »ÖKONOMISCHE AUSBEUTUNG« UND »LEBENSQUALITÄT«

Wie es zu Kämpfen um soziale Gerechtigkeit kommt, hängt davon ab, in welchen Dimensionen die soziale Lage in den Milieus und im Alltagsleben erfahren und nach welchen Maßstäben sie als gerecht oder ungerecht bewertet wird. Es geht nicht allein um »Ausbeutung«, die in der Theorie als Enteignung unbezahlter Mehrarbeit im Lohnarbeitsverhältnis definiert wird. Die Ausbeutung ist die Grundlage der kapitalistischen Herrschaft, aber sie wirkt nicht unvermittelt. Sie ist eine allgemeine Kategorie; sie muss spezifiziert werden, übersetzt werden ins Symbolische, in die alltagspraktische Ebene, die Ebene der Erfahrung.

Das Theorem der Erfahrung gehört, neben dem Theorem des Feldes, zu den wichtigen Konzepten, die Thompson in die Theorie der Klassenkämpfe eingeführt hat. In einer ausführlichen Datenanalyse kann er nachweisen, dass es in der industriellen Revolution, statistisch gesehen, keine allgemeine Herabdrückung der Arbeitsqualifikation und der Löhne gegeben hat; die Entwicklung war ganz ungleichmäßig (Thompson 1987 [1963], 341-378). Aber die Menschen haben das mit den gleichen Werten erlebt. Dies waren die Werte einer bestimmten Qualität des Lebens:

»Jede Bewertung der Lebensqualität muss auch eine Einschätzung der gesamten Lebenserfahrung der betreffenden Menschen, ihrer vielfältigen Bedürfnisse und Entbehrungen sowohl in kultureller als auch in materieller Hinsicht umfassen. So gesehen, besitzt die ältere ›katastrophische‹ Sicht der industriellen Revolution immer noch volle Gültigkeit. Auch wenn sich eine kleine statistische Verbesserung der materiellen Bedingungen nachweisen lässt, litt die Bevölkerung von England in den Jahren 1780 bis 1840 unter der Erfahrung der Verelendung. …

Die Erfahrung der Verelendung aber kam in hundert verschiedenen Formen über sie: für den Landarbeiter als Verlust von Gemeinderechten und den Resten einer dörflichen Demokratie; für den Handwerker als Verlust seines beruflichen Status; für den Weber als Verlust von Einkommen und Unabhängigkeit; für das Kind als Verlust von Arbeit und Spiel zu Hause;« – viele Proteste in Betrieben sind übrigens von den Arbeitern gegen die Kinderkujonierung gerichtet gewesen – »für viele Arbeitergruppen, deren Reallöhne stiegen, als Verlust von Sicherheit und Freizeit, als Verschlechterung ihrer städtischen Umwelt.« (Ebd., S. 476f)

Jeder dieser Teilsätze fasst ein Kapitel in Thompsons monumentaler Untersuchung zusammen, in dem die qualitative Veränderung der jeweiligen Lebensbedingungen und Lebensweisen durch den Übergang zur industriekapitalistischen Produktionsweise ausführlich dargestellt werden. Die Lebensbedingungen können dabei nicht allein ökonomisch definiert werden. Sie müssen, wie Edward Thompson und Raymond Williams dies als Begründer der englischen *New Left* gefordert haben, die ganze alltägliche Lebensweise (*»the whole way of life«*) einbeziehen, d. h. die Alltagskultur, die nach Klassenmilieus ja verschieden ist. Bei der kapitalistischen Umwälzung der ökonomischen Produktionsweise ist also darauf zu achten, welche Zumutungen, Spannungen und Konflikte sie für die Lebensweise, die Verhaltensnormen des Alltags, die Gesundheit, das Wohnen, die Zeitstruktur und die Autonomiespielräume vermittelt. Der ökonomische Konflikt übersetzt sich in einen sozio-kulturellen:

»Die alten und die neuen Produktionsweisen begründeten unterschiedliche Arten von Gemeinschaft mit charakteristischen Lebensweisen. Verschiedene Konventionen und Vorstellungen von menschlicher Zufriedenheit lagen im Streit miteinander.« (Ebd., S. 475)

Marx und Engels sind hierin durchaus widersprüchlich. Engels' viel gelesenes Jugendwerk von 1845, *Die Lage der Arbeitenden Klasse in England*, geht mit dem Konzept der »sozialen Lage« durchaus von der Gesamtheit der Lebensbedingungen einschließlich der Wohn-, Ernährungs-, Gesundheits- und Familienverhältnisse aus. Aber er sieht die Menschen primär in der Opferrolle und nicht auch als mögliche Gestaltende einer widerständigen Alltagskultur und Selbsthilfe.

Die alte ökonomische Definition der sozialen Lage ist zu eng geworden. Das Thema der Lebensqualität ist gerade heute wieder aktuell, wo die Umweltbedingungen, die Wohnverhältnisse, der soziale Umgang in und zwischen den Milieus, die Folgen der Zwei-Klassen-Medizin, die Pflegesituation dementer Großeltern, die Klassen-Segregation in den Schulen und Wohnvierteln, der Verfall der regionalen Infrastrukturen, die Kreditverschuldung usw. die Menschen oft mehr beschäftigen und beunruhigen als andere Fragen. Zu jeder dieser Fragen gibt es ein quälendes Tauziehen im Kleinen. Aber es fehlt an Akteuren im parteipolitischen Feld, die diese Unruhe direkt aufgreifen und in eine breite aktive Mobilisierung für

eine alternative Politik übersetzen. Es war vielleicht gar nicht so falsch, dass Willy Brandt schon vor fünfzig Jahren in seinen mehrheitsverändernden Wahlkämpfen die Frage der Lebensqualität in die Mitte rückte.

MICHAEL VESTER

ist Professor i. R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC Deutschland. Dieser Beitrag erscheint mit freundlicher Genehmigung der deutschen »spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft«, für den der vorliegende Text ursprünglich verfasst wurde.

LITERATUR

Beer, Max (1913): Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart: Dietz. | **Bourdieu, Pierre** (1982a [1979]): Die feinen Unterschiede, Frankfurt a. M.: Suhrkamp. | **Ders.** (1983): Ökonomisches Kapital, Kulturel¬les Kapital, Sozia¬les Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz, S. 183-198. | **Ders.** (1987 [1980]); Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp. | **Bucharin, Nikolai** (1922): Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale. | **Engels, Friedrich** (1963 [1892]): Vorwort zur englischen Neuauflage »Die Lage der arbeitenden Klasse in England«, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 265-278. | **Geiger, Theodor** (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart: Enke. | **Giouras, Thanasis** (2015): Konspiration und Konstitution. Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in den mittelalterlichen Städten als Thema der Forschungen von Karl Marx und Max Weber, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2014, S. 81-116, Berlin/Boston/München 2015. | **Gramsci, Antonio** (2012 [1929-1935]): Gefängnishefte, 10 Bde., Hamburg: Argument Verlag. | **Jaeck, Hans-Peter** (1978): Die materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Formationsprozesses. Zur Entstehung des Kategoriensystems der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx. In: Engelberg, Ernst/Küttler, Wolfgang (Hg.): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin: Akademie-Verlag, S. 19-90. | **Jehle, Peter** (2018): Mechanischer Materialismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und W. Küttler, Berlin: Argument, i.E. | **van der Linden, Marcel** (2008): Workers of the World. Essays toward a Global Labor History, Leiden/Boston: Brill. | **Ders./Roth, Karl Heinz** (2011): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin/Hamburg. | **Marx, Karl** (1981 [1843]): Historisch-politische Notizen (Kreuznacher Hefte 1-5), in: Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA), 4. Abteilung, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1981, S. 5-278. | **Ders.** (1959 [1845]): Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Bd. 3. S. 5-7. | **Ders.** (1959 [1847]): Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 63-182. | **Ders.** (1962 [1864]); Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, S. 5-13. | **Ders.** (1962 [1867]): Das Kapital, Bd. 1, Marx-Engels-Werke, Bd. 23. | **Ders.** (1962 [1871]): Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 17, S. 313-365. Dies. Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA), 4. Abteilung, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1981. | **Marx, Karl/Engels, Friedrich Dies.**, (1959 [1845/46]): Die deutsche Ideologie, Marx-Engels-Werke, Bd. 3, S. 9-530. | **Dies.** (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 457-493. | **Na'aman, Shlomo** (1979): Gibt es einen »Wissenschaftlichen Sozialismus«?, Hannover: SOAK. | **Negt, Oskar** (1974): Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie, in: Nikolai Bucharin/Abram Deborin, Kontroversen über dialektischen und mechanischen Materialismus, Frankfurt a. M.; Suhrkamp, S, 7-48. | **von Oertzen, Peter** (2014 [1994]): Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlichen Handelns, in: Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur, Wiesbaden: VS, S. 42-74. | **Thompson, Edward** Palmer (1987 [1963]): Die Entstehung der engli¬schen Arbei¬ter¬klasse, 2 Bde., Frankfurt a. M.: Suhrkamp. | **Ders.,** (1978 [1965]): The Peculiarities of the English, in: ders., The Poverty of Theory and Other Essays, London: Merlin, S. 35-91. | **Ders.,**(1980a [1978]): Die ‚moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, hg. v. Dieter Groh, Berlin: Ullstein, S. 67-130. | **Ders.** (1980b [1978]): Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?, in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. hg. v. Dieter Groh, Berlin: Ullstein, S. 247-289. | **Ders.** (1980c [1978]): Das Elend der Theorie, Frankfurt/New York: Campus. | **Ders.** (1993a [1991]): Customs in Common, London: Penguin. | Ders. (1970a): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Frankfurt a. M.: EVA. | **Ders.** (Hg.) (1970b): Die Frühsozialisten 1789-1848, Bd. I, Reinbek: Rowohlt. | **Ders.** (2008): Klasse an sich / für sich, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und P. Jehle, Berlin: Argument 2008, Sp. 736-775. | **Ders.** (2018): Milieu, soziales, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und W. Küttler, Berlin: Argument, i.E. | **Weber, Max** (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohn.

Pola Sieverding, Phosphateliminationsanlage (PEA), Berlin-Tegel
Erbaut 1980–1985, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin

Steuerpolitik: Europa muss handeln!

Jedes Jahr entgehen den EU-Mitgliedstaaten Milliarden an Steuern. Trotzdem handelt man von Seiten des Rates und der Kommission nicht konsequent, wenn es darum geht, Steuerflucht und Steuervermeidung zu beenden. Birgül Tütün-Ince präsentiert Möglichkeiten einer Erneuerung der Steuerpolitik, wie sie vom Europäischen Parlament bereits vorgeschlagen werden.

Jahrzehntelang wurde die EU-Steuerpolitik im Bereich der direkten Besteuerung, aber auch bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerbetrug vernachlässigt. Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Bemessungsgrundlage zu harmonisieren, wurden in den 1970er und 1980er Jahren vom Rat zurückgewiesen. Die Entwicklungen der letzten Jahre – wie die im Jahr 2007 ausgelöste Finanzkrise, die anhaltende Steuersenkungstendenz in der Europäischen Union, aber auch die sogenannten Steuer-Leaks – haben eine breite politische Diskussion über die EU-Steuerpolitik ausgelöst.

Bereits im Vorfeld der EU-Erweiterung 2004 um die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) konnte ein Erosionsprozess der Körperschaftssteuer in den EU-15 Mitgliedsländern beobachtet werden. Irland reduzierte zum Beispiel seinen Körperschaftssteuersatz 2003 von 20 Prozent auf 12,5 Prozent. Auch Deutschland, Italien, Luxemburg und Griechenland schlossen sich der Steuersenkungstendenz an. Dieser Trend in der EU-15 wurde wesentlich durch das Steuerdumping in den neuen Mitgliedstaaten angeheizt: Zwischen 2001 und 2005 ging der durchschnittliche Körperschaftssteuersatz in den jüngeren Mitgliedstaaten von 26,6 Prozent auf 18,5 Prozent zurück und war somit um 11 Prozent niedriger als die durchschnittliche Körperschaftssteuer in den EU-15 Mitgliedstaaten.[1]

Auch die Tatsache, dass die Grundprinzipien des internationalen Unternehmenssteuerrechts zwischen 1920 und 1946 beschlossen wurden und, bedingt durch den technologischen Wandel und der Digitalisierung, nicht mehr alle Unternehmen erfasst, hat die politische Diskussion um die Steuerpolitik der Europäischen Union neu entfacht und die Kommission dazu bewegt, in der Steuerpolitik wieder eine aktivere Rolle einzunehmen. Schließlich hat auch die Veröffentlichung der Steuerskandale LuxLeaks (2014), die Enthüllung der Panama Papers (2015) und Bahamas Papers (2016) und die Arbeiten von NGOs wie etwa dem „Tax Justice Network" die Kommission veranlasst, legislative Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Steuervermeidung vorzulegen. Nach einer Erhebung der Tax Research London entgehen den EU-Mitgliedsländern jährlich eine Billion Euro durch Steuerhinterziehung. Das entspricht dem EU-Budget für sieben Jahre. Aufgeschlüsselt nach EU-Mitgliedstaaten verliert Österreich pro Jahr 9,7 Prozent seiner Steuereinnahmen; Deutschland 16 Prozent, Italien 27 Prozent und Bulgarien 35,3 Prozent. Das sind massive Steuerausfälle – Gelder, die den nationalen Haushalten fehlen.

Nicht zuletzt durch den enormen Druck des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft hat die Europäische Kommission auf die Steuerskandale mit einer Fülle an Maßnahmenpaketen reagiert und sich dazu bekannt, auch über die OECD-Leitlinien hinauszugehen.

Einige legislative Maßnahmen konnten bereits erfolgreich beschlossen werden. Doch viele effiziente Vorschläge werden von den Finanzministern der EU-Mitgliedsländer weiterhin blockiert, in dem das jeweilige Dossier nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird – eine bekannte Masche des Rates, um unerwünschte Diskussionen elegant aus dem Weg zu räumen.

RECHTLICHER RAHMEN

Direkte Steuern, wie Einkommen- und Körperschaftsteuer, fallen in erster Linie in die Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Die Aufgabe der Europäischen Union besteht vorrangig darin, sicherzustellen, dass Grundsätze wie

Diskriminierung und Freizügigkeit im Binnenmarkt nicht verletzt werden.

Der Rat kann jedoch nach Artikel 115 AEUV einstimmig und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten erlassen, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder Einhaltung der Regeln des Binnenmarktes auswirken.

Das Europäische Parlament, das sich seit Ende der 70er Jahre stets für die Angleichung der Steuersysteme eingesetzt und konstruktive Vorschläge hervorgebracht hat, wird in diesem essentiellen Bereich lediglich im Konsultationsverfahren angehört und ist somit in die Gesetzgebung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren nicht involviert. Die Beschlüsse des Europäischen Parlaments können, müssen aber vom Rat der Finanzminister (ECOFIN) nicht berücksichtigt werden. Die einzig effektive Waffe des Europäischen Parlaments ist hierbei der politische Druck, den die Institution mit Hilfe der kritischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft auf die Europäische Kommission und auf die Regierungen ausüben kann.

Der Rat hingegen kann gemäß dem EU-Gesetzgebungsverfahren im Bereich der direkten und indirekten Steuern Richtlinien annehmen – vorausgesetzt, es herrscht Einstimmigkeit unter den EU-Finanzministern. Das Einstimmigkeitsprinzip führt dazu, dass, wenn überhaupt Konsens gefunden wird, dies immer der kleinste gemeinsame Nenner ist. Denn in der Regel folgen auf nationalstaatliche Ankündigungen der Finanzminister in Brüssel nicht genug Taten. Viele Versprechen, die zu Hause gemacht werden, werden in Brüssel auf eine Minimalforderung reduziert.

Die EU-Verträge sehen zwar auch moderate Ausnahmen vom Einstimmigkeitsprinzip vor. Diese Ausnahmen kamen bis dato kaum zur Anwendung. Nach Artikel 116 AEUV kann die EU-Kommission, wenn die vorhandenen Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsländer die Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt verfälschen und dadurch eine Verzerrung hervorrufen, die betreffenden Staaten konsultieren. Führen die Beratungen nicht zur Beseitigung der Verzerrungen im Binnenmarkt, so sind das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren befugt, erforderliche Richtlinien zu erlassen.

Das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit ist eine weitere Ausnahme vom Einstimmigkeitsprinzip. Dieses bisher wenig erprobte Verfahren wurde mit dem Vertrag von Amsterdam eingeführt. Die Mitgliedstaaten – hierbei wurde eine Mindestanzahl von acht beschlossen – haben die Möglichkeit, im Rahmen der Verträge untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit zu begründen und dabei die Organe und Verfahren der Europäischen Union in Anspruch zu nehmen. Die Ermächtigung zur Einleitung eines solchen Verfahrens muss jedoch durch den Rat einstimmig beschlossen werden.

Bisher ist dieser politische Mechanismus bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer auf Börsengeschäfte zur Anwendung gekommen. Das Verfahren ist jedoch noch nicht endgültig beschlossen.

DER STEUERWETTBEWERB NACH UNTEN

Anfang der 1960er Jahre wurde in einer Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission erstmalig über die Angleichung der Körperschaftssteuer beraten. 1975 folgte schließlich ein Richtlinienvorschlag – die Europäische Kommission und das Europäischen Parlament strebten eine gemeinsame Körperschaftssteuer an, um innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Angleichung der Steuersysteme und –sätze zu erreichen. Der Richtlinienvorschlag wurde vom Rat nie offiziell auf die Tagesordnung gesetzt und verhandelt. 1980 räumte die Europäische Kommission ein, ohne Zweifel wären mehrere Jahre zur Harmonisierung der Bemessungsgrundlage notwendig.

Beinahe vierzig Jahre später gibt es in der Europäischen Union erneut eine Initiative der Europäischen Kommission, die Bemessungsgrundlage von grenzüberschreitend investierenden Unternehmen (Common Consolidated Tax Base) zu harmonisieren. Die tatsächliche Steuerbelastung eines Unternehmens ergibt sich aus der Steuerbemessungsgrundlage und aus dem Unternehmenssteuersatz. Daher sind nicht minder wichtige Fragen die Harmonisierung der Körperschaftssteuer oder die Festlegung einer Bandbreite für die Unternehmenssteuer. Denn erfolgt die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage ohne einer der beiden Maßnahmen, so wird der Trend des Steuerdumpings noch stärker über niedrige Steuersätze stattfinden. Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips lässt sich ein Konsens hinsichtlich der Mindeststeuersätze in der Europäischen Union in absehbarer Zeit nicht erkennen.

AGGRESSIVE STEUERPLANUNG UND STAATLICH ORGANISIERTES STEUERDUMPING

Unterschiedliche Steuersätze und unzureichend aufeinander

abgestimmte Steuerrechtssysteme innerhalb der EU begünstigen die Gewinnverschiebung multinationaler Konzerne. Zwar haben sich die Regierungen in einem Verhaltenskodex[2] politisch dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass ihr Körperschaftssteuersystem transparent und fair ist und sie es unterbinden, dass Konzernen auf unfaire Art und Weise aus anderen EU-Mitgliedstaaten weggelockt werden oder, dass die Besteuerungsgrundlage in anderen Ländern anderweitig untergraben wird. Doch die LuxLeaks-Daten (2014) haben gezeigt, dass selbst unter dem derzeitigen Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker während seiner Amtszeit als Premierminister die luxemburgische Steuerbehörde verbindliche Vorbescheide ausgestellt hat, um Unternehmen in das Land zu locken. Denn gerade Steuervorbescheide, so genannte Tax Rulings, werden zum Zwecke von Steuerflucht eingesetzt. Dabei wird einer juristischen oder natürlichen Person deren Besteuerung von der Steuerbehörde mitgeteilt. Dies sind verbindliche Auskünfte darüber, wie die Unternehmenssteuer zu berechnen ist und welche Steuervorschriften angewendet werden. Eine legale Vorgehensweise, wie wir sie auch in Österreich haben. In Luxemburg konnten aber Konzerne wie Ikea, Heinz, Fiat, Amazon, eBay oder Apple ihre Steuern auf Grund von Rulings und Steuerumgehungsmodellen auf weniger als ein Prozent drücken.

Als Konsequenz auf die LuxLeaks und zur Unterbindung des Missbrauchs wurde per 1. Jänner 2017 ein verbindlicher automatischer Informationsaustausch für alle gültigen Steuervorbescheide[3] eingeführt. Hier geht der Beschluss des ECOFIN-Rates zwar über die bestehenden OECD-Regeln hinaus, bleibt aber weit hinter den Vorschlägen des Europäischen Parlaments zurück. Angenommen wurde vom Finanzministerrat eine „light Version" der Vorschläge: Gültige Steuervorbescheide sollen zwischen den Behörden alle drei Monate automatisch ausgetauscht werden. Ginge es nach dem Europäischen Parlament, wären von der überarbeiteten Richtlinie alle Vorbescheide betroffen gewesen, unabhängig davon, ob sie eine grenzüberschreitende Wirkung haben oder nicht. Gefordert wurde vom Europäischen Parlament auch mehr Transparenz. Die Steuervorbescheide hätten in einem öffentlichen Register zugänglich gemacht werden sollen.

Ein Paradebeispiel für Steuervorbescheide mit milliardenschweren Steuervergünstigungen ist der Fall Apple in Irland. Die Europäische Kommission stufte die Tax Rulings der irischen Steuerbehörde an Apple als rechtswidrige staatliche Beihilfen ein und forderte den US-Konzern auf, 13 Milliarden Euro Steuern an Irland nachzuzahlen.

MASSNAHMEN GEGEN BRIEFKASTENFIRMEN UND GEWINNVERSCHIEBUNGEN

In den Sonderausschüssen zu LuxLeaks und dem Panama-Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments wurden von den Abgeordneten ein Regelkatalog ausgearbeitet und konkrete Maßnahmen für die Bekämpfung von Steuerflucht und Steueroasen vorgeschlagen. Der Tenor aller Beschlüsse des Europäischen Parlaments war derselbe: Kein Gewinn darf die Europäische Union unversteuert verlassen. Steuern müssen somit dort abgeführt werden, wo die Gewinne auch entstehen. Im Falle von Internetkonzernen müssen Umsätze und Gewinne am Standort des Kunden versteuert werden.

Um dies zu erreichen, wurde unter anderem nach mehr Transparenz in Form einer öffentlichen länderspezifischen Berichtspflicht[4] für multinationale Konzerne ab einem Umsatz von 750 Millionen Euro pro Jahr gefordert (public Country-by-Country Reporting). Damit sollen multinationale Unternehmen, die in der EU tätig sind, weltweit für jedes Land offenlegen, wie viel Gewinn sie machen, wie viele Beschäftigte sie an den jeweiligen Standorten haben und wo sie viel Steuern zahlen. Sensible Daten und Geschäftsgeheimnisse sollen dabei nicht unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Dies wäre eine sehr effektive Maßnahme, um das Steuerverhalten multinationaler Unternehmen zu verfolgen und Briefkastenfirmen sowie Gewinnverschiebungen (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) ans Tageslicht zu bringen.

Im Europäischen Parlament wurde bereits im Juli 2017 der Beschluss angenommen; Berichterstatterin für dieses Dossier ist die Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Abgeordneten, Evelyn Regner. Die Entscheidung liegt nun bei den nationalen Regierungen. Massiven Widerstand gibt es aus Ungarn, Kroatien, Irland, Malta und Zypern. Auch Österreichs Finanzminister zählt zu den Blockierern, sodass die Verhandlungen zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament verzögert werden.

GELDWÄSCHERICHTLINIE UND ERSTE AUFSICHT VON BITCOIN & CO

Mit der Veröffentlichung der Panama Papers (2015) wurden die Schwächen der geltenden Geldwäscherichtlinie offensichtlich. Weltweit wird jährlich eine Summe von 1.5 Billionen EUR „gewaschen". Durch eine neuerliche Überarbeitung und Verschärfung der EU-Vorgaben soll Geldwäsche und Steuerhinterziehung in Zukunft effizienter bekämpft werden. Der Anwendungsbereich der Richtlinie wurde mit der Re-

vision deutlich ausgeweitet: Zollfreilager, wie zum Beispiel der Freeport in Luxemburg, und Kunsthändler, aber auch der Umtausch virtueller Währungen wie Bitcoin & Co gegen gesetzliche Zahlungsmittel, sind nun Bestandteil der Geldwäscherichtlinie. Somit setzt die Europäische Union auch einen ersten Schritt zur Aufsicht und Regulierung von virtuellen Währungen.

In Zukunft müssen Unternehmensregister und Informationen über die tatsächlichen Eigentümer von Unternehmen einsehbar sein. Es wird für die zuständigen Behörden möglich sein, grenzüberschreitend sowohl Informationen über die Hintermänner von Briefkastenfirmen zu erhalten, als auch über die Eigentümer von Tresorfächern, Konten, Trusts und Immobilien.

DIE BESTEUERUNG VON INTERNETKONZERNEN – DIE „GOOGLE TAX“

Wie bereits eingangs erwähnt, ist die internationale Unternehmensbesteuerung nicht mehr zeitgemäß und umfasst Online-Konzerne nur bedingt, da diese in der EU keine nennenswerte physische Betriebstätte haben, wo die Gewinne anfallen.

Von dieser Gesetzeslücke profitieren Online-Giganten enorm. Amazon zahlt zum Beispiel in Luxemburg nur neun Prozent Gewinnsteuer. Den anderen EU-Mitgliedsländern entgehen Steuereinnahmen, da der Unternehmensgewinn von Amazon nicht aufgeschlüsselt nach dem Standort der Kunden veröffentlicht wird.

Mit einem legislativen Vorschlag vom März 2018 möchte die Europäische Kommission im Unternehmenssteuerrecht den Begriff einer digitalen Betriebsstätte einführen und Internetkonzerne verpflichten, Steuern dort zu zahlen, wo sie ihre Gewinne auch erzielen, also am Standort des Kunden oder des Nutzers. Bis dieses eher langfristige Vorhaben realisiert wird, sollen Onlineunternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro drei Prozent Steuern auf ihren Umsatz abführen. Von dieser Regelung werden die Bereiche Onlinewerbung (Google, Facebook) und die Sharing Economy (Booking.com, Airbnb, Uber etc.) betroffen sein.

Viele Steuerthemen lassen sich aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips über Jahre hinwegziehen. Nach dem Lissabon-Vertrag können die Mitgliedstaaten das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der Steuerpolitik aufheben. Daran hat der Kommissionspräsident Jean Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU im September 2017 erinnert und sich für eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ausgesprochen. Das Problem dabei ist, dass auch für eine solche Änderung Einstimmigkeit im Rat nötig ist.

BIRGÜL TÜTÜN-INCE
arbeitet für das Europäische Parlament
und ist stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft
für Geistes- und Sozialwissenschaften (GGS) im BSA.

1. http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/047_martin_saringer.pdf
2. Schlussfolgerungen des Rates für Wirtschaft und Finanzfragen vom 1. Dezember 1997 zur Steuerpolitik: https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/documents/coc_de.pdf
3. Revision der Richtlinie zur Amtshilfe 2011/16/EU; http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12802-2015-INIT/de/pdf
4. http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2017-0227+0+DOC+XML+V0//DE

Pola Sieverding, ORF-Landesstudio Vorarlberg, Dornbirn
Erbaut 1969–1972, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin

Unangepasstes, ein Pilz & Mauern

Anna Lowenhaupt Tsing
DER PILZ AM ENDE DER WELT

Das erste neue Leben, das sich nach der nuklearen Katastrophe in Hiroshima wieder regte, war ein Pilz, ein Matsutake. Er wächst bevorzugt auf ruinierten Böden, ist nicht kultivierbar und erzielt Spitzenpreise. Für die Anthropologin Anna Lowenhaupt-Tsing ist die Ökologie des Matsutake ein pars pro toto des Lebens auf den Ruinen des Kapitalismus, das ein Leben in Beziehungen sein – oder aber nicht sein wird.
Matthes & Seitz, 448 Seiten, 28,80 Euro

Yascha Mounk
DER ZERFALL DER DEMOKRATIE

Mounk erklärt die komplexen Gründe und Mechanismen, die die Demokratie zu Fall bringen können. Er benennt Maßnahmen, um bedrohte soziale und politische Werte für die Zukunft zu retten. Dazu gehört: eine breite Koalition gegen Populisten aufbauen, die Unabhängigkeit der Justiz und Presse verteidigen, die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Prozessen stärken und die soziale Ungleichheit bekämpfen.
DROEMER, 352 Seiten, 23,70 Euro

Tom Segev
DAVID BEN GURION

Als David Ben Gurion 1948 den neuen Staat ausrief, setzte er die Interessen Israels um jeden Preis durch, auch auf Kosten der Palästinenser. Der Journalist und Bestsellerautor Tom Segev widmet sich in seiner Biographie dem Leben und Wirken des Gründers des Staates, der aus Palästina hervorgegangen ist – und erzählt zugleich eine Weltgeschichte Israels im 20. Jahrhundert.
SIEDLER, 448 Seiten, 36,– Euro

Gertrude Pressburger
GELEBT, ERLEBT, ÜBERLEBT

Gertrude Pressburger war zehn, als Hitler in Österreich einmarschierte. Obwohl die jüdische Familie katholisch getauft worden war, musste sie fliehen. Fast sechs Jahre dauerte die Flucht, die 1944 in Auschwitz endete. Gertrude überlebte den Holocaust – ihre Eltern und die zwei jüngeren Brüder wurden von den Nationalsozialisten umgebracht. Jahrzehntelang hat Gertrude Pressburger geschwiegen.
ZSOLNAY, 208 Seiten, 19,60 Euro

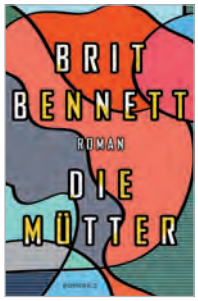
Thomas Bauer
DIE VEREINDEUTIGUNG DER WELT

Was haben das Verschwinden von Apfelsorten, das Auftreten von Politikern in Talkshows, religiöser Fundamentalismus und der Kunst- und Musikmarkt miteinander gemeinsam? Überall wird Vielfalt reduziert, Unerwartetes und Unangepasstes zurückgedrängt. An die Stelle des eigentümlichen Inhalts rückt vermeintliche Authentizität: Nicht mehr das »was« zählt, sondern das »wie«.
RECLAM, 98 Seiten, 6,20 Euro

Wendy Brown
MAUERN

Warum bauen immer mehr Staaten eine Mauer, wo doch zugleich im Zeichen von Globalisierung und digitaler Vernetzung seit Jahren eine Welt ohne Grenzen beschworen wird? Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown geht in ihrem preisgekrönten Buch dieser paradoxen Entwicklung auf den Grund. Aus dem amerikanischen Englisch von Frank Lachmann.
SUHRKAMP, 253 Seiten, 28,80 Euro

Skandale, Affären & Stromstöße



Brit Bennett
DIE MÜTTER

»Die Mütter«, so nennen sich die alten Frauen in der kleinen kalifornischen Gemeinde Oceanside. Sie sind Zeugen des Skandals, mit dem dieser Roman beginnt. Ein Skandal ist es, wenigstens aus ihrer Perspektive: Dass Nadia Turner, deren Mutter sich das Leben genommen hat, mit Luke, dem Sohn des Pastors. Und beschließt, es nicht zu bekommen. Aus dem Englischen von Robin Detje.

ROWOHLT, 319 Seiten, 20,60 Euro

Andrew Sean Greer
MISTER WENIGER

Als Weniger erfährt, dass seine Langzeitaffäre Freddy einen anderen heiraten wird, tut er, was jeder vernünftige Mensch tun würde: davonlaufen. Er nimmt jede Einladung an, die ihm der Literaturbetrieb in den letzten Monaten beschert hat. Doch seine Reise bietet nicht die Ablenkung, die Weniger sich erhofft hatte. Der Tollpatsch tritt von einem Fettnäpfchen ins nächste. Übersetzt von Tobias Schnettler.

S. FISCHER, 331 Seiten, 22,70 Euro

Jacqueline Woodson
EIN ANDERES BROOKLYN

Zur Beerdigung ihres Vaters kehrt die junge Anthropologin August zurück nach New York. Hier, auf den Straßen Brooklyns, ist sie aufgewachsen. Weiße verließen das Viertel, Drogendealer und traumatisierte Vietnamveteranen waren ihre Nachbarn, doch mit ihren Freundinnen fühlte sich August unverwundbar. Nichts schien unmöglich, wenn sie nur zusammenhielten. Übersetzt von Brigitte Jakobeit.

PIPER, 160 Seiten, 20,60 Euro

Naomi Alderman
DIE GABE

Es sind scheinbar gewöhnliche Alltagsszenen: ein nigerianisches Mädchen am Pool. Die Tochter einer Londoner Gangsterfamilie. Eine US-amerikanische Politikerin. Doch sie alle verbindet ein Geheimnis: Von heute auf morgen haben Frauen weltweit die Gabe – sie können mit ihren Händen starke elektrische Stromstöße aussenden. Aus dem Englischen von Sabine Thiele.

HEYNE, 480 Seiten, 17,50 Euro

Steven Amsterdam
EINFACH GEHEN

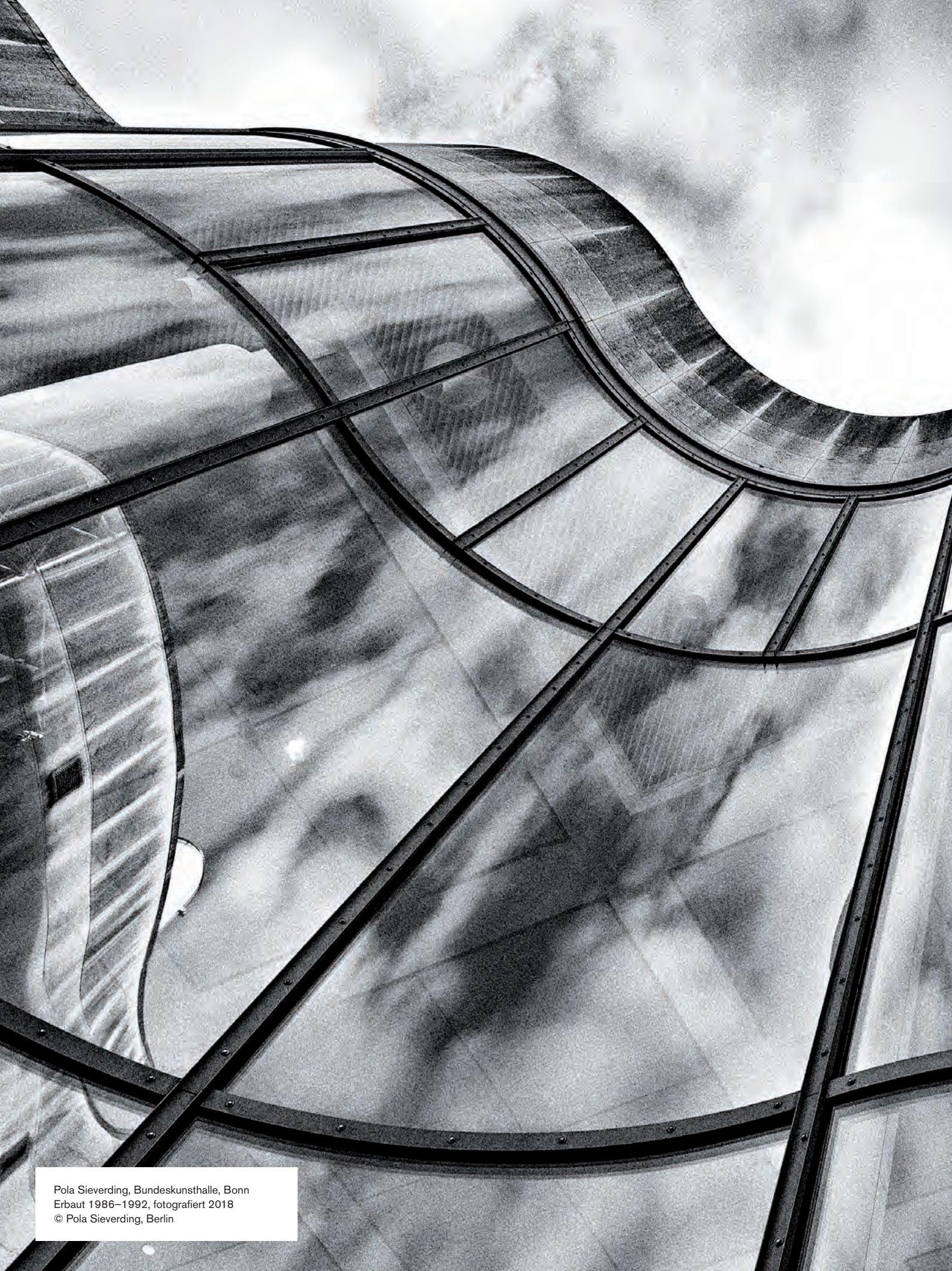
Evan ist Krankenpfleger, und sein Leben ist chaotisch. Seine energiegeladene Mutter hält ihn trotz ihrer Krankheit ordentlich auf Trab. Seine Freunde Lon und Simon, mit denen er soeben eine Dreiecksbeziehung begonnen hat, wünschen sich mehr als nur ein Abenteuer, was ihn ziemlich beunruhigt. Zu alldem kommt noch sein neuer Job. Aus dem Amerikanischen von Marianne Bohn.

UNIONSVERLAG, 352 Seiten, 22,70 Euro

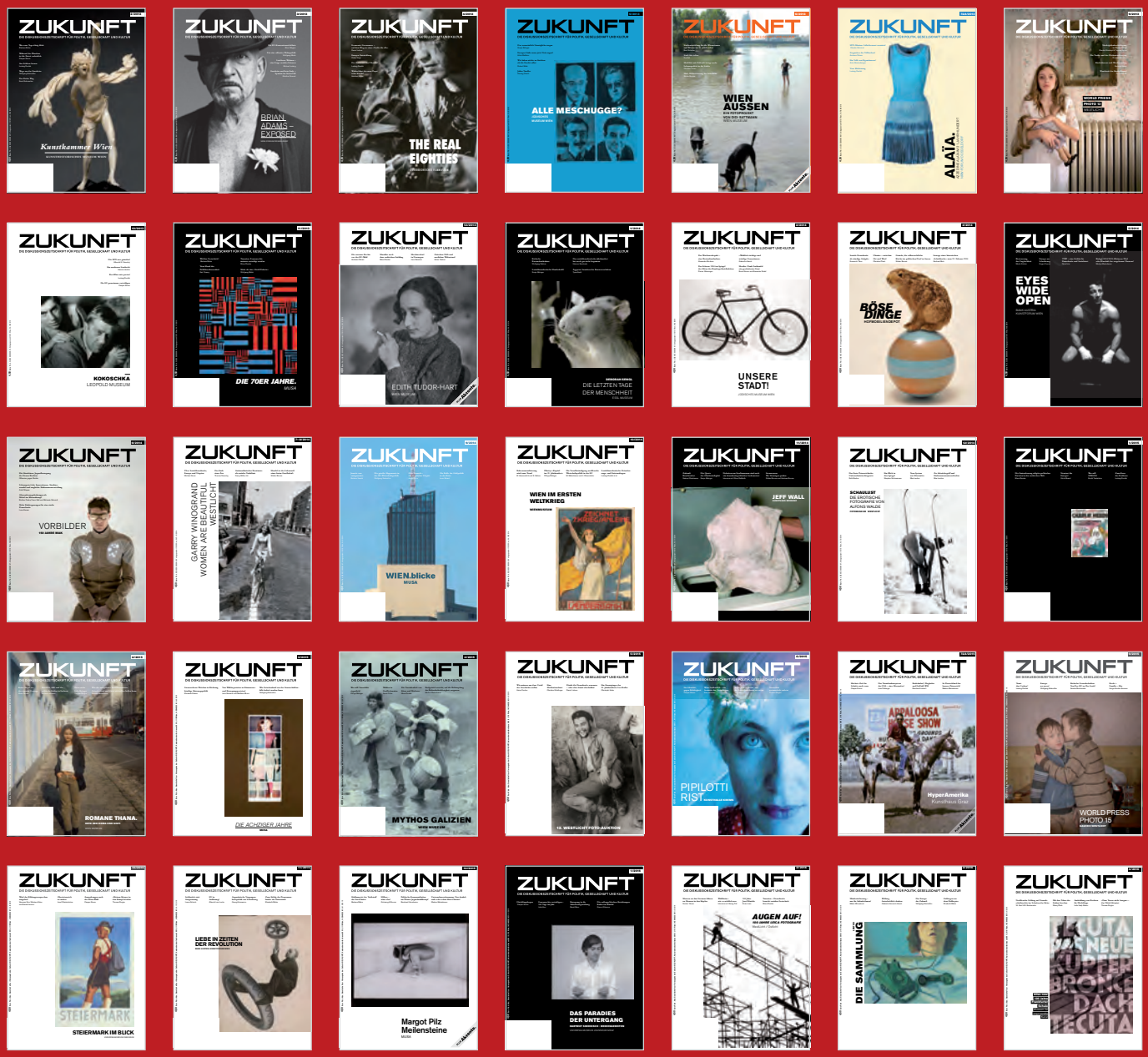
Fanny Wobmann
AM MEER DIESES LICHT

Tag für Tag fährt Laura nach der Arbeit ins Krankenhaus, setzt sich an Großmutters Bett, geht ein paar Schritte mit ihr, liest ihr vor, hört ihr zu, wenn sie die wichtigen kleinen Geschichten aus ihrem Leben erzählt. Ihr Leben lang hat sie gearbeitet, sich gefügt, bloss nicht lästigfallen, nichts aufrühren. Am Ende wird sie zu einer sanften Rebellin. Aus dem Französischen von Lis Künzli.

LIMMAT, 152 Seiten, 24,70 Euro



Pola Sieverding, Bundeskunsthalle, Bonn
Erbaut 1986–1992, fotografiert 2018
© Pola Sieverding, Berlin



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle

- ○ ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,– Euro
- ○ ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,– Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail: **Unterschrift:**